

JÜRGEN C. HESS

„MACHTLOS INMITTEN DES MÄCHTESPIELS
DER ANDEREN . . .“

THEODOR HEUSS UND DIE DEUTSCHE FRAGE 1945–1949¹

Karl Dietrich Erdmann zum 75. Geburtstag

Theodor Heuss hat in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg für lange Zeit keine Möglichkeiten für eine eigenständige deutsche Außenpolitik mehr gesehen; daß das „Reich“ „im Schatten der Ohnmacht“² lag, war für ihn der klar eingestandene Ausgangspunkt seines außenpolitischen Denkens nach dem Ende des Hitler-Regimes. Im folgenden sei untersucht, von welchen Prämissen aus er sich dabei zu orientieren versuchte und zu welchen Schlußfolgerungen für die deutsche Zukunft er kam. Da ihm eine direkte außenpolitische Einflußnahme versagt war, ist in gebotener Kürze auch seinen Aktivitäten auf dem Felde der liberalen Parteipolitik nachzuspüren. Schließlich war Heuss neben Wilhelm Kütz im Jahre 1947 einer der beiden Vorsitzenden jenes liberalen Dachverbandes, der „Demokratischen Partei Deutschlands“ (DPD), in dem die Liberalen der verschiedenen Besatzungszonen den ersten Ansatz zu einer ganz Deutschland umfassenden liberalen Parteiorganisation zu schaffen hofften, und im Dezember 1947 hat er das entscheidende Signal für das schnelle Auseinanderbrechen dieser organisatorischen Verbindung zwischen west- und ostdeutschen Liberalen gegeben.

Auf der breiten Grundlage seiner im Nachlaß gesammelten, teilweise auch veröffentlichten politischen Reden und seiner auch in diesen Jahren umfangreichen politischen Publizistik³, dazu derjenigen Briefe, die sich in seinem eigenen Nachlaß befin-

¹ Dieser Artikel stellt die wesentlich erweiterte Fassung eines Papers dar, das für das Internationale Symposium in Augsburg vom 3.–7. 4. 1984 vorgelegt wurde. Eine kürzere Fassung wird im Tagungsband des Symposiums erscheinen.

Die Empfindung der Machtlosigkeit Deutschlands bestimmte alle außen- und deutschlandpolitischen Äußerungen von Theodor Heuss in der unmittelbaren Nachkriegszeit. In der Form der Titelseite verwendete Heuss diesen bei ihm zum Topos gewordenen Gedanken in der 27. Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates am 15. 12. 1948, in: Verhandlungen des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates, Bonn 1948/49, S. 315. Für die Beschaffung verschiedener Texte des Parlamentarischen Rates danke ich Herrn Hein Cuppen.

² Heuss, „Um Deutschlands Zukunft“, öffentlicher Vortrag im Haus des Rundfunks in Berlin am 18. 3. 1946, in: Theodor Heuss, Aufzeichnungen 1945–1947, hrsg. von Eberhart Pikart, Stuttgart 1966, S. 204; auch Heuss, Rede vom 18. 7. 1946 in der Verfassungsgebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden, in: Verhandlungen der Verfassungsgebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden, Stuttgart 1946, S. 30.

³ Für den hier behandelten Zeitraum immer noch sehr hilfreich Walter Prinzing, Bibliographie der Schriften und Reden, in: Margret Boveri und Walter Prinzing, Theodor Heuss, Stuttgart 1954. Allerdings sind die Zeitungsartikel nur in einer Auswahl aufgenommen. Für die veröffentlichten Texte siehe Heuss, Die großen Reden. Der Staatsmann, Tübingen 1965; ders., Aufzeichnungen 1945–1947; Theodor Heuss. Der Mann, das Werk, die Zeit. Eine Ausstellung. Katalog, hrsg. von

den⁴, diversen Materials zur liberalen Parteigeschichte⁵ und vor dem Hintergrund einer sich allmählich intensivierenden wissenschaftlichen Forschung zur politischen Entwicklung der Liberalen nach 1945⁶ läßt sich trotz des Fehlens einer wissenschaftlich brauchbaren Heuss-Biographie⁷ ein Bild zeichnen, das zwar nicht völlig ohne Lücken ist, die wesentlichen Linien und Zusammenhänge seines außenpolitischen Denkens aber doch klar hervortreten läßt.

Zunächst sei Heuss' politische Rolle in den ersten Nachkriegsjahren kurz zusammengefaßt. Dabei ist aber auch seine politische Tätigkeit in der Weimarer Republik in Erinnerung zu bringen: als Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, als Publizist, als Reichstagsabgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in den Jahren 1924–1928 und der Deutschen Staatspartei (DStP) in den Jahren 1930–1933⁸. Als Schüler Friedrich Naumanns war er einer jener unverdrossenen Demokraten, für die im Dritten Reich nur die innere Emigration blieb und die nach 1945 sofort bei der Wiedererrichtung der Demokratie in Deutschland mitwirkten. Daß ihn das Kriegsende in Heidelberg sah, nach über fünfundzwanzig Jahren in Berlin war er 1943 in den Südwesten zurückgekehrt, gab ihm dort seine Startchance und

E. Pikart, Stuttgart 1967; Theodor Heuss. Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden, hrsg. von Ralf Dahrendorf und Martin Vogt, Tübingen 1984.

⁴ Der Nachlaß Heuss befindet sich seit den 70er Jahren im Bundesarchiv Koblenz.

⁵ Soweit das herangezogene Material nicht dem Nachlaß Heuss entstammt, befindet es sich in erster Linie im „Archiv des deutschen Liberalismus“ der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach. Darüber hinaus wurde Material aus dem Hauptstaatsarchiv in Stuttgart und der Württembergischen Landesbibliothek, ebenfalls in Stuttgart, herangezogen. Herr Dr. H. Schwennicke, Berlin, hat wichtiges Quellenmaterial aus seinem Privatbesitz zur Verfügung gestellt.

⁶ Vgl. hierzu Jürgen C. Heß und E. van Steensel van der Aa, Bibliographie zum deutschen Liberalismus, Göttingen 1984. Sehr wertvoll waren in diesem Zusammenhang eine Reihe von unveröffentlichten Arbeiten: Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949, Diss. Frankfurt 1983 (für die Übersendung diverser Kapitel aus dieser für die Nachkriegsgeschichte des westdeutschen Liberalismus grundlegenden Arbeit sei Herrn Hein auch an dieser Stelle herzlich gedankt); Theo Rütten, Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland – und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten, Baden-Baden 1984. Für einzelne Zusammenhänge wichtig: Hans Jürg Ungeheuer, Die Wirtschaftsprogrammatische und Wirtschaftspolitik der liberalen Parteien Deutschlands (1945–1948) unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungen in der SBZ und der Britischen Zone, Magisterarbeit Bonn o. J. (1982). Für die Möglichkeit zur Einsicht in diese Arbeit und die Übersendung einzelner Quellentexte u. a. aus dem Nachlaß seines Vaters sei Herrn Ungeheuer herzlich gedankt.

⁷ Neben einigen populären Biographien gibt es nur noch eine Reihe von Dissertationen und Einzelstudien. Aus der ersten Kategorie seien hier die neuesten genannt: Hildegard Hamm-Brücher und Hermann Rudolph, Theodor Heuss. Eine Bildbiographie, Stuttgart 1983; Hildegard Hamm-Brücher, Gerechtigkeit erhöht ein Volk. Theodor Heuss und die deutsche Demokratie, München 1984; Friedrich Henning, Heuss. Sein Leben vom Naumann-Schüler zum Bundespräsidenten, Gerlingen 1984; Ingelore M. Winter, Theodor Heuss. Ein Porträt, Tübingen 1983. In der zweiten Gruppe gibt es keine Arbeit zur unmittelbaren Nachkriegszeit.

⁸ Vgl. Modris Eksteins, Theodor Heuss und die Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1969; Jürgen C. Heß, Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland, Stuttgart 1973.

bestimmte damit zugleich seinen Wirkungskreis im total zonalisierten Deutschland des Jahres 1945. In der von den Amerikanern in Nordwürttemberg-Nordbaden geschaffenen Administration im September 1945 zum Kultusminister ernannt, hat er diese Funktion nur bis zum späten Herbst 1946 ausgeübt – das einzige Amt, das er in jenen Jahren innegehabt hat. Um so intensiver konnte er sich der Publizistik⁹ und der Parteipolitik widmen. Zwar ist es in den ersten Monaten nach der Kapitulation nicht selbstverständlich gewesen, daß er den Weg in eine liberale Partei finden würde – viele seiner früheren Parteifreunde traten in die CDU/CSU ein, während ihm selbst offensichtlich eine liberal geprägte, nichtkonfessionelle Bürgerunion vorschwebte¹⁰ –, so führten ihn, nachdem eine solche Parteibildung sich nach ersten Ansätzen, u. a. in Heilbronn, als ausgeschlossen erwiesen hatte und auch spätere Koordinationsversuche mißglückt waren, seine traditionellen Verbindungen mit dem württembergischen Liberalismus endgültig ins Lager der im Herbst 1945 von ihm mitbegründeten „Demokratischen Volkspartei“¹¹. Im Juni 1946 wurde er als DVP-Abgeordneter in die Verfassunggebende Landesversammlung für Württemberg-Baden gewählt, im November 1946 in den württemberg-badischen Landtag.

Im Zonenverband der unter demokratischer Flagge firmierenden liberalen Parteien der amerikanischen Zone, am 28. September 1946 in Stuttgart begründet, wurde ihm der Parteivorsitz angeboten, der erste Ansatz zu einer neuen überregionalen Rolle. Bei der Bildung der erwähnten Dachorganisation der DPD im März 1947 war er bereits der Kandidat der westdeutschen Liberalen für den Vorsitz. Doch charakterisierte es die schon gegebene Unmöglichkeit wirklicher Integration, daß Külz, der Führer der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, also der liberalen Parteiorganisation in der sowjetischen Besatzungszone, gleichberechtigt den Vorsitz mit ihm teilte¹². Nach dem Ausscheiden der SBZ-Vertreter aus dem Koordinierungsausschuß der DPD im Januar 1948 blieb Heuss – wie neben ihm vor allem Franz Blücher – Spitzenfigur der noch locker verbundenen westdeutschen Liberalen; seit September 1948 führte er die liberale Fraktion im Parlamentarischen Rat. Als im Dezember 1948 die FDP als westdeutsche Parteiorganisation entstand, wurde ihm auch deren Vorsitz angetragen. Namentlich seine Tätigkeit im Parlamentarischen Rat brachte ihn dann, unter den parteipolitischen Bedingungen nach der ersten Bundestagswahl und auf Grund der Regie Adenauers, im September 1949 ins Amt des Bundespräsidenten¹³.

⁹ Besonderer Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Übertragung der (Teil-)Lizenz für die Heidelberger „Rhein-Neckar-Zeitung“ an Theodor Heuss im September 1945 zu. Vgl. Theodor Heuss. Eine Ausstellung, S. 239 f.

¹⁰ Vgl. H. G. Wieck, *Christliche und freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945–1946*, Düsseldorf 1958, S. 149 ff.; Günter Serfas, „Wie es wieder begann – Die Neugründung der Demokratischen Volkspartei“, in: *Liberale Profile. Freiheit und Verantwortung*, hrsg. von Jürgen Morlok, Stuttgart 1983, S. 92–114.

¹¹ Vgl. Serfas, S. 109. Ausführlich jetzt bei Hein, Kap. 2.

¹² Vgl. Ekkehart Krippendorff, *Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik*, Düsseldorf o. J. (1961), S. 146.

¹³ Vgl. Rudolf Morsey, „Die Rhöndorfer Weichenstellung vom 21. August 1949“, in: *VfZ* 28 (1980), S. 508 ff., bes. S. 529.

Auch ist zu erwähnen, daß Heuss im Dezember 1948 die Leitung des erst noch einzurichtenden außenpolitischen Ausschusses der FDP zugedacht war¹⁴, ohne daß er hier noch zu größeren Aktivitäten gekommen wäre. Daß er gerade diesen Ausschuß leiten sollte, zeigt, daß ihm auf diesem Felde die FDP-Führung offensichtlich Kompetenz zuerkannte. War er in der Weimarer Zeit vom Primat der Außenpolitik überzeugt gewesen, so maß er auch nach 1945 den außenpolitischen Rahmenbedingungen entscheidenden Einfluß zu. Indes riet er im Januar 1949, nachdem er die Gefahr der „Suggestion durch gängig gewordene Formeln“ erkannt hatte, vom Gebrauch der Primatsformel ab: In der Entstehungsphase der Bundesrepublik erschien ihm „eine verständige innere Politik“ als „das Element der Außenpolitik“¹⁵. Angesichts der deutschen Machtlosigkeit sah er für eine eigene deutsche Außenpolitik keinen Platz. So unterstrich er beim Jahreswechsel 1948/49, die Deutschen seien noch das „Objekt fremder Außenpolitik“; zugleich warnte er vor der „Betriebsamkeit mancher ehemaliger Diplomaten“¹⁶.

Da er aber, abgesehen von der Zeit des Parlamentarischen Rats, seine Kommentare nur unregelmäßig schrieb, da seine vielen Wahlreden nicht erhalten und von den anderen Reden auch nur drei ausgesprochen außenpolitisch orientierte Reden aus dem Jahre 1947 einigermaßen vollständig überliefert sind¹⁷, bleiben seine Stellungnahmen immer wieder unverbunden. Dieser Gelegenheitscharakter seiner Äußerungen ist bei ihrer Einordnung ebenso zu berücksichtigen wie seine ausgeprägte Neigung zur historischen Reflexion. So ist es für ihn charakteristisch, daß er 1947 ein Buch über die Revolution von 1848 schrieb, hingegen ähnlich ausführliche Stellungnahmen zur Deutung der Gegenwartssituation unterließ. Das beruhte in den allerersten Nachkriegsjahren auch auf Informationslücken. Mehrfach klagte er 1946/47 über die Unzugänglichkeit ausländischer Zeitungen¹⁸, und in seinem für das Schicksal der DPD entscheidenden Brief an W. Külz vom 19. Dezember 1947 schrieb er:

„Ich muß es mir versagen, in diesen Zeilen, die jetzt schon lang genug geworden sind, den Versuch zu machen, die augenblickliche weltpolitische Lage zu beurteilen; sachlich ist dazu kein Deutscher recht im Stande, und ich bin in diesen Dingen zur Zeit auch nichts anderes als ein x-beliebiger Zeitungsleser.“¹⁹

¹⁴ Bundesarchiv (BA), NL Heuss 54: Heuss und Franz Blücher an alle Landesverbandsvorsitzenden und alle Mitglieder des erweiterten Vorstandes der FDP v. 13. 1. 1949.

¹⁵ Heuss, „Die Menschenrechte in der politischen Bildung“, Vortrag zur Eröffnung der Hochschule für Politik in Berlin am 15. 1. 1949, Ms., S. 3f., in: BA, NL Heuss 1.

¹⁶ Heuss, „Abschied von 1948“, in: Rhein-Neckar-Zeitung (künftig: RNZ) v. 1. 1. 1949.

¹⁷ Heuss, „Deutschlands Leben ist Europas Frieden“, Rede auf dem Dreikönigs-Parteitag der Demokratischen Volkspartei am 6. 1. 1947 in Stuttgart, in: Das neue Vaterland vom 25. 1. 1947, S. 7–9; Rede im Württemberg-Badischen Landtag vom 25. 2. 1947, in: Verhandlungen des Württemberg-Badischen Landtags. Wahlperiode 1946–1950. Protokoll-Band 1, S. 128–133, auch in: Theodor Heuss. Politiker und Publizist, S. 325–335; Heuss, „Das deutsche Schicksal und unsere Aufgabe“, Rede bei einer öffentlichen Kundgebung der LPD in Eisenach am 6. 7. 1947, in: Theodor Heuss. Politiker und Publizist, S. 337–345.

¹⁸ Siehe z. B. Heuss an Gustav und Toni Stolper am 15. 12. 1946 (BA, NL Heuss 489).

¹⁹ Dieser Brief ist an verschiedenen Stellen überliefert, da er als Abschrift unter den westdeutschen Li-

Auch an anderen Stellen ließ Heuss erkennen, daß er es unter den damaligen Umständen für „vermessen“ hielt, eine Deutung der deutschen Zukunftsmöglichkeiten zu geben²⁰. Ohnehin kein Freund detaillierter Entwürfe, hat er also der Nachwelt keine systematischen außenpolitischen Ausführungen hinterlassen. Doch bleibt eine Fülle verstreuter Äußerungen in Briefen, Artikeln, Reden und parteiinternen Stellungnahmen. Aus ihnen seien bei aller gebotenen Vorsicht einige Grundlinien herausgearbeitet.

*

Über die Siegermächte hat sich Heuss nur an wenigen Stellen ausgelassen; selbst in seinen Briefen äußerte er sich nicht deutlich zu ihrer Politik. Dafür mögen auch die Briefzensur und entsprechende Verbote eine Rolle gespielt haben²¹. Immerhin ist zu erkennen, daß Heuss schon früh mit Spannungen zwischen den Siegern von 1945 gerechnet hat. Im Mai 1945 notierte er zum Ende des Krieges, daß man sich „die sehr großen Schwierigkeiten zusammenzählen“ könne, „die zwischen Moskau, London, Washington vorhanden sind und immer neu anwachsen werden“²². In einer Rede vom 7. Dezember 1945 distanzierte er sich jedoch scharf von allen daraus möglicherweise entstehenden Wunschträumen: „Nur politische Kindsköpfe machen heute aus Schwächezustand und Schwächegefühl heraus politische Kombinationen über Stalin und Truman und ich weiß nicht was.“²³ Im März 1946 erwähnte er bei einer Gelegenheit erneut die „internationalen Schwierigkeiten der Besatzungsmächte“²⁴, unterließ aber wiederum jede Spekulation über eventuelle Folgen. Zu Ende des Jahres 1946 gab er warnend zu verstehen, daß „Bruch und Gegensatz der Weltstaaten“ Deutschland nur „neues Unheil“ bringen müßten²⁵. Rechnete er unter solchen Voraussetzungen 1946/47 noch mit einer einvernehmlichen alliierten Deutschlandlösung? Hier ließ er es bei Fragen bewenden, die aber darauf schließen lassen, wie gering seine unmittelbaren Erwartungen waren. Ein Jahr nach dem Scheitern der Moskauer Konferenz erwähnte er beiläufig, die Nachrichten von diesem Scheitern seien „nicht gerade überraschend“ gekommen²⁶. Da er schnelle Lösungen nicht erwartete, mahnte er zur Geduld. Im Bereich der Wiedergutmachung beispielsweise sah er im März 1947 die endgültige Beantwortung der „deutschen Schicksalsfrage“ erst in weiter Ferne²⁷. In

beralen zirkulierte (so z. B. im NL Dehler im „Archiv des deutschen Liberalismus“). Beide Abdrucke des Briefes bei Krippendorff, S. 153 f., und bei Karl-Heinz Grundmann, Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand. Die LPD in Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949, Bonn 1978, S. 101–103, enthalten die hier zitierte Stelle nicht.

²⁰ Heuss, 1848. Werk und Erbe, Stuttgart 1948, S. 165.

²¹ Vgl. Heuss an G. R. Treviranus am 19. 4. 1946 (BA, NL Heuss 101).

²² Heuss, „Das Ende“ (9./17. Mai 1945), in: Aufzeichnungen 1945–1947, S. 60.

²³ Redemanuskript ohne Titel, datiert „Göppingen, 7. Dezember 1945“, S. 15 (in: BA, NL Heuss 1).

²⁴ Heuss, „Um Deutschlands Zukunft“, S. 204.

²⁵ Heuss, „Unser Beitrag“, in: Stuttgarter Nachrichten v. 31. 12. 1946.

²⁶ Heuss, „Liberales Weltgespräch“, in: RNZ v. 1. 6. 1948.

²⁷ Heuss, „Wiedergutmachung“, in: RNZ v. 24. 3. 1947.

dieser attentistischen Grundhaltung vermied er 1945/46 ähnlich klare Stellungnahmen, wie wir sie damals bereits bei Adenauer finden²⁸. Obwohl Heuss dann 1947 zu dem Schluß gekommen sein muß, daß die internationale Situation eine Verständigung aller Siegermächte über Deutschland immer unwahrscheinlicher machte, lehnte er es noch immer ab, offen die Parole für eine der beiden Seiten auszugeben. Das bedeutete jedoch nicht, daß er den Siegermächten neutral gegenübergestanden oder gar unter bestimmten Bedingungen vielleicht noch einer östlichen Orientierung zugeeignet hätte.

Zu einzelnen Stuttgarter Vertretern der amerikanischen Besatzungsbehörden kam er offensichtlich schnell in ein vertrauensvolles Verhältnis. Gewiß waren für ihn persönliche Kontakte ohnehin nur mit Repräsentanten dieser Besatzungsmacht möglich. Doch bildete vor allem die Fähigkeit zur Kooperation auf der Grundlage gleicher Wertvorstellungen die entscheidende Voraussetzung solcher Beziehungen. Sehr aufschlußreich ist hier der Nachruf, den Heuss dem ersten Gouverneur von Württemberg-Baden, W. W. Dawson, Anfang 1947 in der Parteizeitung der DP widmete²⁹. Seit Frühjahr und Sommer 1947 war Heuss zudem über die politische Entwicklung in den USA sehr viel besser informiert als in den Jahren zuvor, nachdem zwei Treffen mit seinem emigrierten engen Freund Gustav Stolper erstmals wieder einen ausführlichen Gedankenaustausch mit einem Kenner der amerikanischen Szenerie ermöglicht hatten³⁰.

Soweit sich Heuss über die USA äußerte, unterstrich er den Wandel vom Schuldner- zum Gläubigerland und die daraus erwachsende weltweite wirtschaftliche Interessengebundenheit der USA. Ihren Isolationismus hielt er durch den „Dauercharakter“ der „interkontinentalen Wirtschaftsverpflichtung“ für praktisch überwunden³¹. Politische Folgerungen für die zukünftige amerikanische Politik verband er damit nicht, erschien es ihm doch auch im Sommer 1947 nicht als „durchsichtig, wie sich im amerikanischen Bewußtsein diese zweimal an Weltkriegen beteiligten Geschäftsinteressen durchsetzen werden“³². Der im Januar 1947 ausgesprochene Satz, die Amerika-

²⁸ Vgl. dazu jetzt auch Hanns Jürgen Küsters und Hans Peter Mensing, „Konrad Adenauer zur politischen Lage 1946–1949. Aus Berichten des schweizerischen Generalkonsuls in Köln Franz Rudolf v. Weiss“, in: VfZ 32 (1984), S. 289–317 (dort auch weitere Literatur). Siehe auch in dem in Anm. 1 genannten Tagungsband den Beitrag Gottfried Niedharts.

²⁹ Heuss, „William W. Dawson †“, in: Das neue Vaterland, Nr. 4 v. 22. 2. 1947 (Jg. 2), S. 1 f.; z. Teil auch abgedruckt in: Theodor Heuss. Eine Ausstellung, S. 245 f.

³⁰ Seit dem Sommer 1945 wechselten die beiden seit den Weimarer Jahren eng befreundeten Familien eine Reihe von sehr interessanten Briefen (BA, NL Heuss 489). Für das politische Gewicht dieser Freundschaft siehe auch die zahlreichen wechselseitigen Erwähnungen in: Theodor Heuss, Erinnerungen 1905–1933, Tübingen 1963; Toni Stolper, Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit. Wien, Berlin, New York. Gustav Stolper 1888–1947, Tübingen 31967. Siehe ferner für die späteren Jahre auch die mit Toni Stolper gewechselten Tagebuchbriefe von Theodor Heuss: Theodor Heuss, Tagebuchbriefe 1955–1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. von E. Pikart, Stuttgart 1970.

³¹ Heuss, Rede vom 6. 1. 1947, S. 8; ders., Rede vom 25. 2. 1947, S. 130.

³² Rede vom 6. 7. 1947, S. 337.

ner würden „nur so lange bleiben, bis Europas Zukunft gesichert ist“³³, enthielt so viel Unsicherheitsmomente, daß trotz der Einschätzung, Amerika werde „nicht mehr zum Isolationismus zurück können“³⁴, irgendeine einseitige deutsche Festlegung Heuss nicht als geboten erscheinen konnte. Noch war die Form eines möglichen dauerhaften amerikanischen Engagements ungewiß, noch schreckte Heuss wohl auch vor den im Hinblick auf die deutsche Einheit zu erwartenden negativen Folgen einer einseitigen Option der Westzonen für den Westen zurück. Daß Heuss der amerikanischen Besatzungsmacht bei Gelegenheit ausdrücklich seinen Dank für die Nahrungsmittelhilfe und die frühzeitige Freigabe der Kriegsgefangenen bezeugte³⁵, gehört aber ebenfalls in das Bild der insgesamt positiven Grundeinstellung gegenüber den USA. Kommentare zum Marshallplan finden sich jedoch nicht, wenn auch anzunehmen ist, daß Heuss sich seit dem Sommer 1947 in seiner bisher bekundeten weitgehend vertrauensvollen Offenheit gegenüber den Vereinigten Staaten bestätigt sah.

Bemerkungen vor dem Zonenvorstand der DVP, am 24. Oktober 1947 in Schwetzingen gemacht, zeigen aber, wie wenig er auch noch im Herbst 1947 davon überzeugt war, daß die Politik der Amerikaner die Aussicht auf eine bessere deutsche Zukunft eröffnete. Zwar sei, so führte er dort aus, eine Wendung der amerikanischen Politik seit dem Frühjahr 1947 festzustellen, und die innere Situation der USA zeige eine Entwicklung, die vom Morgenthau-Plan wegführe. Doch sei „noch nicht deutlich, wie diese Wendung in die innerdeutsche Politik hineinwirke“. Gleichzeitig sprach er auch von dem „starken Schock“, der durch die Demontagepläne der Westalliierten hervorgerufen worden sei – dabei brachte Heuss die beabsichtigten Demontagen in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der bevorstehenden Londoner Konferenz; nach seiner Ansicht wollten die Amerikaner und Engländer „durch die Demontagen ihre Position für das Streitgespräch mit den Russen stärken“³⁶.

Wie ein Artikel in der Rhein-Neckar-Zeitung vom 18. November 1947 zeigt, war Heuss sich der „sehr bedrängenden Aktualität“ der Spannungen zwischen den beiden Weltmächten zu diesem Zeitpunkt nur allzusehr bewußt. Erwartet man angesichts des aktuellen Titels dieses Artikels, „Rußland und Amerika“, deutlichere Aussagen zur Gegenwart, so wird man indes enttäuscht und weit in die Vergangenheit geführt, nämlich in die Geschichte der russischen Alaska-Politik am Anfang des 19. Jahrhunderts und der Monroe-Doktrin. Neben der Äußerung, das Problem der Gegenwart sei „unsagbar mehr verwickelt“, und neben einigen sehr allgemeinen Bemerkungen findet man nichts Konkretes zur Situation von 1947³⁷. Auch daraus ist auf jene Unsicherheit zu schließen, in der es Heuss sich offensichtlich nicht erlaubte, frühzeitige Spekulationen in einer einseitig prowestlichen Richtung anzustellen. Bei aller Aufge-

³³ Rede vom 6. 1. 1947, S. 8.

³⁴ Rede vom 6. 7. 1947, S. 337.

³⁵ Rede vom 6. 1. 1947, S. 8.

³⁶ Niederschrift der Sitzung des Zonenvorstandes der Demokratischen Volkspartei am Freitag, 24. Oktober 1947, 16.00 Uhr, in Schwetzingen, Kurfürstenstube, in: „Archiv des deutschen Liberalismus“ (künftig: FNSt-ADL) – 41.

³⁷ Heuss, „Rußland und Amerika“, in: RNZ v. 18. 11. 1947.

schlossenheit gegenüber der amerikanischen Besatzungsmacht sah er in ihr 1947 noch nicht den sicheren Verbündeten für die eigene Zukunft.

Äußerst knapp äußerte sich Heuss in jenen Jahren zur Sowjetunion. Die innerussische Entwicklung vermochte er so wenig zu durchschauen wie andere. Bei ihm gab es aber auch nicht derart scharf abgrenzende Bemerkungen wie die Stolpers über das „russische Gespenst“³⁸ oder gar die vehementen Formeln, mit denen Ernst Mayer, Generalsekretär der DVP, die Sowjetunion seit dem Herbst 1947 in der DP-Partei-presse brandmarkte³⁹. Was Heuss im Februar 1947 dazu veranlaßte, im württembergischen Landtag der Feststellung, Hitler habe die Russen nach Quedlinburg und Eisenach geführt, die Aussage hinzuzufügen: „Wir wissen, daß sie dort nicht bleiben werden“⁴⁰, kann nur vermutet werden. Wenige Wochen vorher hatte er gesagt: „Wir meinen auch zu wissen, daß Rußland selbst eines dauerhaften Friedens für seine innere Erholung tief bedürftig ist.“⁴¹ Anscheinend ging er nicht von einer drohenden russischen Expansion aus, der es mit aller Kraft und auch mit verbaler Schärfe entgegenzuwirken gelte. Dafür spricht ferner sein nüchternes Urteil über die Stärke des Kommunismus in Westdeutschland. Schon im Sommer 1946 hatte er Gustav Stolper geschrieben, ohne dessen zitierte Bewertung Rußlands auch nur andeutungsweise zu erwähnen, die „Suggestion des Ostens“ sei „verhältnismäßig gering“⁴². Auf dem Stuttgarter Dreikönigstag der DVP betonte er Anfang 1947, man denke nicht daran, sich „den staatlichen und wirtschaftlichen Thesen des heutigen Rußlands zu unterwerfen“, und man werde sich dort mit den Kommunisten „tapfer und sachlich auseinandersetzen, wo man ihre Vorschläge nicht in Übereinstimmung mit der deutschen Gesamtlage“ sehe⁴³. Das war deutlich in der Grenzziehung, vermied aber jede Übersteigerung in einen vehementen Antikommunismus. Kurz und prägnant brachte Heuss seine nüchterne Einschätzung der Kommunisten im eigenen Land zum Ausdruck, als er im März 1947, wie andere württembergisch-badische Parteiführer, von einem Vertreter der amerikanischen Besatzungsmacht nach seiner Ansicht über die existierenden Parteien befragt wurde. Für die KPD hatte er nur den Satz: „Much ado about nothing.“⁴⁴

In den ersten Monaten des Jahres 1947 mochte Heuss in der Tat noch hoffen, es werde einmal gelingen, die Russen – im Rahmen einer für sie akzeptablen gesamtdeutschen Lösung – zum Verlassen ihrer Besatzungszone zu bringen. Wie seine schon

³⁸ Gustav Stolper an Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp am 8. 6. 1946 (BA, NL Heuss 489).

³⁹ Vgl. E. Mayer, „Völker, höret die Signale!“, in: Das neue Vaterland, Nr. 23 v. Dezember 1947. Vgl. auch die anonymen Leitartikel dieses von E. Mayer herausgegebenen DVP-Blattes „Moskau muß sich erklären“, Nr. 22 v. November 1947, „Folgeschwerer Fehlschlag“, Nr. 24 v. Dezember 1947, und „Neuer Anlauf zum Frieden“, Nr. 1 v. Januar 1948.

⁴⁰ Rede vom 25. 2. 1947, S. 130.

⁴¹ Rede vom 6. 1. 1947, S. 7.

⁴² Heuss an Gustav und Toni Stolper am 21. 7. 1946 (BA, NL Heuss 489).

⁴³ Rede vom 6. 1. 1947, S. 7.

⁴⁴ RG 260/OMGUS 12/8–1/3: „The way party leaders see rival parties“, by Hugh H. Weil, S. 9 ff. (eingesehen im Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

erwähnte Reaktion auf die Moskauer Verhandlungen vom Frühjahr 1947 zeigt, hatten derartige Hoffnungen aber keinen unmittelbaren Aktualitätsgehalt. So bleibt nur die Deutung, daß Heuss die Äußerung über den zukünftigen Abzug der Russen aus Mitteldeutschland als puren Appell ausgesprochen hat oder aber die Räumung am Ende jenes langen Zeitraums erwartete, mit dem seiner Meinung nach für eine endgültige deutsche Friedensregelung gerechnet werden mußte. Eventuell war aber auch beides gemeint. Im Frühsommer 1947 hob Heuss auf dem Parteitag der bayerischen Liberalen in Bad Aibling hervor: „Aber wir müssen auch mit den Russen, wenn es möglich ist, ins Gespräch kommen.“⁴⁵ Das war ebenso klar in der Festlegung der Intention wie vage im Inhalt. Bezeichnenderweise schloß Heuss unmittelbar an den zitierten Satz die fragende Bemerkung an, was denn der deutsche Beitrag zu einem solchen deutsch-russischen Gespräch sein könnte, ohne darauf – soweit das Kurzprotokoll das erkennen läßt – eine nähere Antwort zu geben. Heuss versagte es sich offensichtlich konsequent, den Versuch zu einer exakten Einschätzung der russischen Absichten zu machen. Doch ist zu konstatieren, daß er sich an anti-kommunistischer und antisowjetischer Feindbildmalerei – nach allen bisher erschlossenen Quellen – weder privat noch öffentlich beteiligt hat⁴⁶. Für ihn galt augenscheinlich der nationale Primat und damit das Gebot, Gesprächsmöglichkeiten auch nach Osten hin nicht zu verderben, so entschieden selbstverständlich die politischen Werte von Theodor Heuss denen der stalinistischen Sowjetunion widersprachen.

Heuss' Bild von England und Frankreich verdient ebenfalls einen Blick. Beide Mächte sah er so sehr „in die Verteidigung des Überkommenen gedrängt“⁴⁷, daß er ihre Rolle auf der weltpolitischen Bühne als mehr oder weniger defensiv einschätzte. England galt ihm aber, angesichts der Einwirkungsmöglichkeiten der von ihm wie von anderen Liberalen sehr skeptisch beurteilten Labourregierung auf die gesellschaftspolitische Entwicklung der britischen Besatzungszone, als ein mit Sorge zu betrachtender Faktor. Seine Abneigung dagegen, Deutschland „zum Exerzierfeld fremder theoretischer Bedürfnisse“ machen zu lassen, richtete sich sowohl gegen die britische wie gegen die sowjetische Besatzungsmacht, wenn er auch den „Labour-Leuten“ einen „milderen Denkstil“ zubilligte⁴⁸. Die britische Außenpolitik hingegen blieb, selbst im Hinblick auf die Entwicklung der deutschen Frage, unbesprochen, obwohl ihn seine erste damalige Auslandsreise nach Großbritannien führte, nämlich im

⁴⁵ Heuss, Rede auf dem dritten Landesparteitag der FDP Bayern in Bad Aibling, 27. 6.–30. 6. 1947, S. 24 des Protokolls, in: FNSt-ADL-N 1–9.

⁴⁶ Dabei sah er die Sowjetunion keineswegs unkritisch. Ohne einseitige Übersteigerung, aber doch in deutlicher Kennzeichnung sprach er in seiner Hannoveraner Rede über „Deutschland am Vorabend der Londoner Konferenz“ vom 25. 11. 1947 davon, die Sowjetunion sei durch Hitlers Angriffe „in einen neuen Nationalismus gedrängt worden, der auch imperialistische Züge trage“. Zusammenfassung der Rede unter dem Titel „Ein deutsches Parlament!“ in: Der freie Demokrat, Nr. 32/33 v. 30. 11. 1947 (2. Jg.).

⁴⁷ Heuss, Rede vom 6. 7. 1947, S. 338.

⁴⁸ Rede vom 6. 1. 1947, S. 7.

April 1947 zum Oxforder Gründungskongreß der „Liberalen Weltunion“⁴⁹. Daß er wiederholt von den Angelsachsen beziehungsweise von der angelsächsischen Welt sprach, deutet freilich darauf hin, daß er die britischen mit den amerikanischen Positionen identifizierte, eine in Anbetracht der britischen Schwäche und Abhängigkeit von den USA keineswegs überraschende Reaktion.

Um so ausführlicher hat sich Heuss über Frankreich geäußert. Seit Anfang 1947 gab er immer wieder zu erkennen, daß er die deutsch-französische Verständigung für „ein Schlüsselproblem der deutschen Lage“ hielt⁵⁰. Auffälligerweise stand die Kommentierung der französischen Politik bei ihm jedoch in einem anderen Zusammenhang als dem der deutschen Entscheidung zwischen Ost und West. Frankreich galt ihm dafür offensichtlich nicht als gewichtig genug. Bedeutsam erschien ihm der französische Einfluß jedoch für die Regelung der zukünftigen inneren deutschen Struktur, nämlich hinsichtlich der Frage Einheits- oder Bundesstaat, Bundesstaat oder Staatenbund. Bei der Behandlung des Föderalismusproblems wird darauf zurückzukommen sein.

*

Aus seiner Sicht der deutschen Lage in der Mitte Europas ergab sich für Heuss konsequenterweise die entschiedene Ablehnung einer deutschen Vorentscheidung für die östliche oder die westliche Seite. Bis in den Sommer 1947 läßt sich die bewußte und unmißverständlich erklärte Verweigerung einer Option klar belegen. Doch dürfte sie noch bis zum Jahreswechsel 1947/48 bestanden haben. Schon den Heuss von 1946 oder 1947 zu einem Anhänger des Weststaats zu erklären, zu einem Politiker, der in seinen Aktivitäten mehr oder weniger offen bereits so früh auf den Weststaat zielte⁵¹, entbehrt aller Belege.

Erstmals wandte er sich in der Stuttgarter Dreikönigsrede vom 6. Januar 1947 gegen vorzeitige Festlegungen:

„Wir dürfen uns als deutsches Volk nicht in eine ‚Option‘ zwischen Ost und West drängen lassen, wozu innerlich so oder so viele geneigt sind, indem sie an den bleibenden Gegebenheiten des deutschen Siedlungsraumes vorbeischaun.“⁵²

Diese Mahnung wiederholte Heuss wenige Wochen später, am 25. Februar, in einer Landtagsrede: „Wir sind nun eben zwischen Rußland und Frankreich und der westlichen Welt geographisch gesiedelt.“⁵³ Noch einmal findet sich die ausdrückliche Verwerfung einseitiger Optionen im Juli 1947, als Heuss in Eisenach unterstrich, es gebe

⁴⁹ Vgl. Heuss, „Liberaler Weltbegegnung in Oxford“, in: RNZ v. 26. 4. 1947; ders., „Englandreise 1947“, in: RNZ v. 3. 5. 1947.

⁵⁰ Heuss an Kretschmer, Röhrmoos, vom 16. 7. 1947 (BA, NL Heuss 85).

⁵¹ In dieser Richtung geht Rütten, S. 52 f.

⁵² Heuss, Rede vom 6. 1. 1947, S. 7.

⁵³ Heuss, Rede vom 25. 2. 1947, S. 130 f.

für die Liberalen „nur eine Option, für Deutschland“⁵⁴. Die ausdrückliche nationale Option war ja nur die andere Seite derselben Medaille. Gesamtdeutsche Zukunftsmöglichkeiten offenzuhalten und nicht durch voreilige Festlegungen zu verschütten – so läßt sich die Haltung des Abwartens im Jahre 1947 am besten umschreiben.

Ein letztes Mal scheint Heuss – jedenfalls nach dem bisher vorliegenden Quellenmaterial – eine Option am 18. Januar 1948 abgewiesen zu haben, und zwar in seinen Eröffnungsworten bei der dramatischen letzten gemeinsamen Sitzung des „Vorläufigen Reichsvorstandes“ der DPD in Frankfurt. Mit wenigen Worten sei der Zusammenhang verdeutlicht. Die sowjetzonalen Liberalen unter der Leitung von Wilhelm Külz, dem zunehmenden Druck der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED ausgesetzt, hatten gemeint, sich der von der SED im Dezember 1947 initiierten Volkskongreßbewegung nicht entziehen zu können⁵⁵. Die übergroße Mehrheit der westdeutschen Liberalen war dann nach dem Külzschen Auftreten auf dem Volkskongreß nicht mehr zu einer Zusammenarbeit mit Külz im liberalen Dachverband bereit⁵⁶. Auf der Frankfurter Sitzung, an der Külz in Übereinstimmung mit einer entsprechenden Empfehlung von Heuss⁵⁷ nicht teilnahm, charakterisierte Heuss den Volkskongreß als die „Fortsetzung der Blockpolitik“ in der sowjetischen Besatzungszone und als „den Versuch, sie auf ganz Deutschland zu übertragen“. Laut Heuss bedeutete das „eine Option für die russische Auffassung von der Einheit Deutschlands“. Dem fügte er in auffälliger Direktheit hinzu: „Die politische Lage verbiete eine einseitige Option.“⁵⁸

Diese Äußerung bedarf sorgfältiger Interpretation. Galt selbst noch im Januar 1948, also unmittelbar nach dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz, für Heuss die unbeirrte Ablehnung jeder Option? Oder schien ihm nur noch die pro-russische Option unerlaubt? Solche Fragen führen in den weiteren Rahmen seines nationalgerichteten Engagements. Kann man tatsächlich davon sprechen, daß Heuss sich während dieses Zeitraumes, vor der Entscheidung für die Errichtung der Bundesrepublik Deutschland, „hin und her gerissen“ fühlte⁵⁹? War seine dezidierte Abweisung einer Ost- oder einer Westoption im Jahre 1947 wirklich Ausdruck eines inneren Zwiespalts?

Wenn wir solchen Fragen nachgehen, sind drei Bereiche zu behandeln, das deut-

⁵⁴ So zitiert bei Krippendorff, S. 52, nach *Der Morgen* v. 8.7. 1947, Beiblatt. Im Eisenacher Redetext findet sich die Formulierung nicht, doch liegt dieselbe inhaltliche Ausrichtung vor.

⁵⁵ Vgl. dazu neben der früheren Arbeit von Krippendorff jetzt sowohl die Dissertationen von Hein und Rütten und die Magisterarbeit von Ungeheuer. Daneben vor allem auch die Grundmannsche Dokumentation aus dem Jahre 1978.

⁵⁶ Vgl. hierzu vor allem Hein, V. Kap., Abschnitt 4.

⁵⁷ Siehe dazu den bereits in Anm. 19 genannten Brief von Heuss an Külz vom 19. 12. 1947.

⁵⁸ Niederschrift der Sitzung des vorläufigen Reichsvorstandes der Demokratischen Partei Deutschlands in Frankfurt/Main am 18. 1. 1948, Hotel Monopol-Metropol, S. 1, in: FNSt-ADL-DA 0089, auch abgedruckt bei Grundmann, S. 104.

⁵⁹ So Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, Stuttgart 1980, S. 683; siehe auch ebenda, S. 628.

sche Einheitsproblem, die Frage der Stellung Deutschlands zwischen Ost und West und die Problematik einer eventuellen deutschen Beteiligung an den Verhandlungen der Siegermächte über Deutschland im Jahre 1947. Erst vor diesem Hintergrund wird Heuss' anschließend darzustellende Orientierung von 1948, d.h. seine Option für den Ausbau eines westdeutschen „Stellvertreterstaates“, überhaupt verständlich.

Während der Weimarer Republik hatte Heuss zu jenen Linksliberalen gehört, die einen prononcierten – in DDP und DStP herrschenden – demokratischen Nationalismus verfochten. An anderer Stelle ist sein vergebliches Bemühen, Demokratie und Nation unter den widrigen Bedingungen der Weimarer Republik noch einmal miteinander zu verbinden, nachdem sie in Deutschland bereits im Laufe des 19. Jahrhunderts auseinandergetreten waren, schon ausführlich behandelt worden. Dieser Hinweis mag hier genügen, um die Traditionslinie anzudeuten, vor der wir seine Äußerungen auf nationalpolitischem Felde nach 1945 verstehen müssen⁶⁰.

Die Nation war für Heuss auch nach den Jahren der NS-Herrschaft noch ein entscheidender Bezugspunkt seines politischen Denkens, allerdings in anderer Ausfüllung und Temperatur als in der Weimarer Republik. Für seine nunmehr eingenommene Position war es charakteristisch, daß Heuss im Sommer 1946 in einem persönlichen Brief das Ziel seines politischen Wirkens folgendermaßen umschrieb:

„Ich selber bemühe mich, . . . mit zu helfen, ein von Heldengerede freies und sauberes Vaterlandsgefühl zu pflegen, das von Bescheidenheit, Wirklichkeitssinn, Maß und Einordnung in die abendländische Tradition den Leuten etwas erzählt.“⁶¹

Einem „neuen deutschen Bewußtsein“⁶² widmete Heuss jetzt ein hohes Maß an Aufmerksamkeit. Viele Male sprach er in den Jahren 1945, 1946, 1947 über die Notwendigkeit der moralischen Selbstreinigung, aus der – auch durch ein neues Geschichtsbild – ein neues Selbstverständnis der Deutschen erwachsen sollte⁶³. Auf die näheren Bezüge dieser nationalen Selbstfindung zur demokratischen Erneuerung kann hier nicht eingegangen werden⁶⁴. Von entscheidender Bedeutung ist, daß die Erneuerungsideen von Theodor Heuss gerade auch nach der totalen Perversion des nationa-

⁶⁰ Heß, Heuss vor 1933, S. 141 ff.; ders., „Das ganze Deutschland soll es sein“. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978, passim; ders., „Das ganze Deutschland soll es sein“ – Die republikanischen Parteien und die Deutsche Frage in der Weimarer Republik“, in: Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Josef Becker und Andreas Hillgruber, München 1983, S. 277–317.

⁶¹ Heuss an Gustav und Toni Stolper am 21. 7. 1946 (BA, NL Heuss 489).

⁶² Rede vom 7. 12. 1945, S. 8.

⁶³ Vgl. u. a. Heuss, Der Zeitgeist in seiner Wirkung auf die Lehrerschaft, Tübingen 1946, S. 26; ders., Die deutsche Nationalidee im Wandel der Geschichte, Stuttgart 1946, hier zitiert nach dem Wiederabdruck in: Schicksalsfragen der Gegenwart. Handbuch historisch-politischer Bildung, hrsg. vom Bundesministerium für Verteidigung, Bd. 4, Tübingen 1959, S. 7–31, bes. S. 28; ders., „Vom vaterländischen Geist“, in: Die Welt der Frau, Nr. 1 vom Juli 1946.

⁶⁴ Vgl. hierzu Heß, „Ein Lied von der Freiheit . . .“ Theodor Heuss und die Wiederbegründung der Demokratie in Deutschland“, Manuskript des Festvortrags zum 100. Geburtstag von Theodor Heuss in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach am 31. 1. 1984.

len Denkens durch den Nationalsozialismus auf die Nation und damit auf ganz Deutschland gerichtet blieben.

So wäre es auch völlig verkehrt, Heuss angesichts seiner württembergischen Herkunft und seines zunächst schwäbischen Wirkungskreises für die unmittelbaren Nachkriegsjahre eine vornehmlich südwestdeutsche Perspektive zuzuschreiben. H.-P. Schwarz hat eine Zwischenposition bezogen und Heuss der maßgebenden Richtung in den politischen Parteien zugerechnet, die sich von Anfang an „für einen reichstreuen, aber durchaus antiberlinisch und antipreußisch akzentuierten Föderalismus“ einsetzte; zu ihr hätten bei den Liberalen auch Reinhold Maier, bei der CDU Konrad Adenauer und in der CSU Josef Müller gehört⁶⁵. An der Reichstreue von Heuss – um den etwas antiquiert wirkenden Begriff des Reiches zu übernehmen, der aber für die unmittelbare Nachkriegszeit gerade auch bei Heuss in der Tat noch sehr lebendig war – kann kein Zweifel sein. So konnte er es im Dezember 1945 „die sonderliche Aufgabe des deutschen Südwestens“ nennen, „ein Kernstück des wieder entstehenden großen deutschen Vaterlandes zu bilden“; er erinnerte daran, daß auch im 17. und 18. Jahrhundert in diesem Teil Deutschlands der Reichsgedanke am Leben geblieben sei, und er verband die historische Reminiszenz mit einem dringenden Appell für die eigene Gegenwart: „Aber daß der Gedanke des Reiches auch in der Ohnmacht lebendig bleibe in unseren Seelen, ist die Voraussetzung dafür, daß das Reich wieder werde.“⁶⁶ Frei von allen antiwestlichen und illiberalen Elementen, die den Reichsgedanken der politischen Rechten in der Weimarer Republik bestimmt hatten⁶⁷, war für Heuss auch 1945/1946 das Reich noch immer Bezugsrahmen seines Nationalgefühls.

Allerdings begann er sich allmählich vom Reichsbegriff als solchem zu lösen. Verwendete er ihn bald „fast zögernd“, weil er für die deutsche Ohnmacht der Nachkriegszeit nicht mehr zu passen schien, angesichts des „Schimmers von Größe, Glanz von Macht“, der auf dem Worte Reich liege⁶⁸, so empfahl er in seinen für Gustav Stolper bestimmten Überlegungen vom Juli 1947 über die staatsrechtliche Gestaltung Deutschlands bereits, den Reichsbegriff fallenzulassen und für den zukünftigen deutschen Staat die Bezeichnung „Deutsche Republik“ zu wählen⁶⁹. Für den sich 1948 abzeichnenden westdeutschen Staat dünkte ihm der Reichsbegriff vollends untauglich, weil ihm das Pathos für „dieses Gebilde, das im Entstehen ist“, als zu groß erschien⁷⁰.

⁶⁵ Schwarz, S. 647.

⁶⁶ Heuss, Rede vom 7. 12. 1945, S. 16.

⁶⁷ Vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München² 1968, S. 222 ff.

⁶⁸ Heuss, „Bindung und Freiheit“, Rede auf dem Dreikönigstag der DVP am 6. 1. 1946, in: Aufzeichnungen 1915–1947, S. 204; ders., Rede vom 18. 7. 1946, S. 30.

⁶⁹ Heuss, „Zur Frage der staatsrechtlichen Gestaltung Deutschlands“, Manuskript für Gustav Stolper vom Sommer 1947, in: Aufzeichnungen 1945–1947, S. 136.

⁷⁰ Protokoll des Heppenheimer Parteitages vom 11.–12. 12. 1948, S. 31 (in: FNSt-ADL 45); vgl. auch Heuss an F. Middelhaue am 9. 11. 1948: „Die Bezeichnung des kommenden Staatsgebildes als ‚Reich‘, von der Sie sagen, daß die immer und immer wieder gefordert worden sei, ist in unserem Kreis [der FDP-Fraktion des Parlamentarischen Rates] natürlich auch besprochen, aber einhellig

Zumindest in solchem Sinne trifft Pikarts Feststellung zu, weniger der Reichsgedanke habe bei Heuss, wie bei anderen Liberalen, die politischen Überlegungen bestimmt als einfach die Unfähigkeit und der Unwille, sich vorzustellen, daß die Reichseinheit „bedroht, ernsthaft gefährdet oder gar schon zerstört sein könne“⁷¹. Doch darf nicht übersehen werden, daß auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit für Heuss der Reichsbegriff noch sehr lebendig war. Auch ist zu fragen, ob Unfähigkeit und Unwille zum Realismus tatsächlich die angemessenen Begriffe für die Heuss'sche Haltung zum Verlust der Reichseinheit sind.

Wie aber steht es mit der „antiberlinischen“ und „antipreußischen“ Akzentuierung seines Föderalismus? Deutlich ist, daß Heuss jeden Partikularismus ablehnte. „Schwäbische Partikularisten“ zu werden, konnte für ihn kein zulässiges Ziel sein⁷². Daß er bei der parteipolitischen Organisation des sich neu formierenden politischen Liberalismus noch nicht über die eigene Region hinausgreifen wollte und „die versuchten Reichsparteien“ ablehnte, begründete er wiederholt mit der Notwendigkeit, „zunächst bei uns die Dinge in Ordnung zu bringen“⁷³. Für die Frühgeschichte des politischen Liberalismus im Nachkriegsdeutschland bildet der südwestdeutsche Versuch, im Jahre 1946 die Bildung einer Reichspartei zu verhindern bzw. so lange wie möglich hinauszuzögern, gewiß einen wichtigen Tatbestand⁷⁴, an dem Heuss erheblichen Anteil hatte⁷⁵. Doch zeichnete dafür keineswegs eine Haltung verantwortlich, die antiberlinisch oder antipreußisch genannt werden könnte. Entscheidend war vielmehr die Sorge vor einem möglicherweise zu großen Einfluß der sowjetischen Besatzungsmacht auf eine von Berlin aus tätige Reichsorganisation, daneben die Ableh-

abgelehnt worden. Der historische und symbolische Begriff ‚Reich‘ ist mit der Geschichtslage, in der wir stehen und in die wir treten, nicht vereinbar“ (BA, NL Heuss 88).

- ⁷¹ Eberhart Pikart, Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Die Rolle des Bundespräsidenten in der Kanzlerdemokratie, Stuttgart 1976, S. 50.
- ⁷² Heuss, Rede vom 7. 12. 1945, S. 16. Vgl. auch den Schluß der Rundfunkrede von Heuss vom 12. 12. 1945 (das Manuskript im Nachlaß Heuss trägt den Titel „Demokratische Volkspartei“ – BA, NL Heuss 1; der Abdruck in: Schicksal und Aufgaben. Reden von Reinhold Maier und Theodor Heuss, Stuttgart 1946, S. 21–23, steht dagegen unter dem Titel „Aufgabe und Pflicht der Parteien“ und führt über dem Schlußabsatz den kennzeichnenden Zwischentitel „Kein Partikularismus!“).
- ⁷³ Heuss an Gustav Stolper am 25. 3. 1946 (BA, NL Heuss 489). An Treviranus schrieb Heuss am 19. 4. 1946: „Wir haben, um einmal bei uns selber festen Boden zu kriegen, in unserer Gruppe die Verbindung mit den Reichsparteien abgelehnt. Daß das, von mir aus gesehen, keine partikularistische Grundhaltung ist, wissen Sie ja; aber die persönlichen Dinge in den übrigen Gebieten sind mir viel zu undurchsichtig, als daß ich unsere mühsame und redliche Arbeit den Zufälligkeiten fremder Entscheidungen und Parolen aussetzen möchte“ (BA, NL Heuss 101).
- ⁷⁴ Vgl. J. M. Gutscher, Die Entwicklung der Freien Demokratischen Partei von ihren Anfängen bis zu den Bundestagswahlen 1961. Ein Beitrag zum Verständnis des deutschen Nachkriegsliberalismus unter besonderer Berücksichtigung der baden-württembergischen FDP/DVP, Meisenheim 1966, S. 26 ff.; Wieck, S. 204 ff.; Krippendorff, S. 140 ff.; Grundmann, S. 69 ff.
- ⁷⁵ Auf einer Sitzung verschiedener Führungsgremien der DVP am 30. 3. 1946 in Eßlingen warnte Heuss ausdrücklich „vor einer allzu engen Lierung mit der LDP“ (Rundschreiben Inf. 5 der DVP v. 15. 4. 1946; BA, NL Heuss 407). Vgl. auch Heuss an Gustav und Toni Stolper am 21. 7. 1946 (BA, NL Heuss 489).

nung der inneren Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone⁷⁶. Bevor die jeweils eigene Organisation stabilisiert war – angesichts der Kommunikations- und Organisationsprobleme der ersten Nachkriegsjahre keine leichte Aufgabe –, ging man aber selbst im süddeutschen Raum nicht gern über die engere Region hinaus. Bezeichnenderweise entstand auch die Zonenorganisation der Liberalen Süddeutschlands, nach einer Zeit des vor allem württembergischen Hinauszögerns, erst im September 1946, und zwar nur aufgrund der Gefahr, daß die Berliner LPD-Zentrale sonst die Liberalen der anderen süddeutschen Länder der amerikanischen Zone für sich hätte gewinnen können⁷⁷.

Auch sonst sind bei Heuss keine antiberlinischen oder antipreußischen Töne festzustellen. Daß er in seiner Berliner Rede vom März 1946 die alte Reichshauptstadt gegen den Vorwurf in Schutz nahm, von dort seien Nationalsozialismus und Militarismus gekommen⁷⁸, war nicht nur Höflichkeit gegenüber seinen Gastgebern und Zuhörern. Zu lange hatte er in Berlin gewohnt und dort in der lokalen Selbstverwaltung politisch gewirkt, um zu solchen einseitigen Anklagen fähig zu sein; auch wußte er gut genug, daß die führenden Nationalsozialisten gar nicht aus Berlin gekommen waren. Einseitige Angriffe auf Preußen stießen sogar auf seinen entschiedenen Widerstand⁷⁹. Daß Preußen als Staat gar nicht mehr bestand, war für ihn ein zusätzlicher Anlaß, jede Polemik gegen Preußisches zu unterlassen⁸⁰. Sein Föderalismus hatte im übrigen weniger innenpolitische oder gar regionalistische Motive, sondern beruhte in erster Linie auf der nüchternen Einschätzung der außenpolitischen Bedingungen für einen eventuell noch möglichen gesamtdeutschen Staat.

Die Erhaltung der deutschen Einheit war für Heuss ein ebenso selbstverständliches Ziel wie für andere Liberale⁸¹. Daher seine Ablehnung einseitiger Optionen bis weit

⁷⁶ An Thomas Dehler schrieb Heuss am 28. 6. 1946: „... es wäre für uns etwa ein unerträglicher Zustand geworden, unsere Arbeit beeinflussen zu lassen von Parolen, wie Kütz sie ausgibt, vielleicht ausgeben muß“ (FNSt-ADL, NL Dehler 89). Auch abgedruckt in: Theodor Heuss: Lieber Dehler! Briefwechsel mit Thomas Dehler, hrsg. und kommentiert von Friedrich Henning, München 1983, S. 23 f., das Zitat auf S. 24.

⁷⁷ Eine zentrale Rolle spielte in diesem Zusammenhang der DVP-Generalsekretär E. Mayer. Vgl. u. a. seine Aktennotizen vom 16. 7. 1946 über die „Zonenkonferenz Augsburg 13. und 14. Juli 1946“ (FNSt-ADL 41) und vom 5. 8. 1946 über die Landesausschußsitzung der FDP Bayern in Regensburg am 4. 8. 1946 (BA, NL Heuss 407).

⁷⁸ Heuss, Rede vom 18. 3. 1946, S. 205; vgl. auch ders., „Berlin“, in: RNZ v. 23. 1. 1946.

⁷⁹ In seinem Brief vom 22. 5. 1947 schrieb Heuss an Wilhelm Heile: „Ich verzichte auch immer auf alle Polemik gegen Preußen, weil die Polemik gegen die Geschichte mir immer etwas unfruchtbar erscheint und heute darin etwas wie eine seelische Preisgabe des deutschen Ostens mitschwingt, die in irgend zu zeigen, mir heute gesamtpolitisch nicht erlaubt scheint“ (BA, NL Heuss 56). Vgl. auch Heuss, „Nord und Süd“, in: RNZ v. 29. 10. 1946; undatierte Rundfunkrede für Radio Stuttgart mit dem Titel „Volk und Staat“, wahrscheinlich aus dem Jahr 1946 (BA, NL Heuss 1).

⁸⁰ Vgl. Heuss, „Zur Frage der staatsrechtlichen Gestaltung“, S. 133 f.; ders., 1848, S. 166.

⁸¹ Dazu jetzt vor allem Rütten. Allerdings würde ich nicht so weit gehen wie Rütten, S. 52, der meint, die Bemühung um den Aufbau einer westdeutschen liberalen Partei habe auch schon den Weststaat als institutionellen Rahmen zukünftigen politischen Handelns miteinbezogen, und dies seit 1946/47. In Heuss' Äußerungen weist jedenfalls nichts auf eine derartig frühzeitige Festlegung auf eine Westlösung.

ins Jahr 1947 hinein. Bedeutete dies aber zugleich die Bejahung einer deutschen Neutralität, war es Ausdruck eines unentschiedenen Schwankens zwischen Ost und West? Wo lag für Heuss der politische und geistige Ort des zukünftigen Deutschlands? Schwarz hat die Vertreter eines eigenen gesamtdeutschen Weges zwischen Ost und West als Anhänger der Blockfreiheit charakterisiert⁸². Sympathisierte Heuss – und sei es auch nur zeitweilig – mit solchen Gedankengängen? Sprach auch er von Deutschland als der „Brücke“ zwischen dem Westen und Osten Europas?

Die Frage „Denn was und wo ist Deutschland?“⁸³ war für den nationalbewußten Theodor Heuss in der Tat die zentrale Frage, die er nach Kriegsende in vielfachen Variationen immer wieder aussprach. Angesichts der totalen Machtlosigkeit ging er auf eine zukünftige politische Rolle Deutschlands zunächst freilich nicht ein. Wenn aber auch die politische Souveränität fehlte, so verfocht er doch die geistige Souveränität. Von der Gestaltung des deutschen geistigen Lebens, so sagte er seinen Zuhörern in Göppingen im Dezember 1945, werde man „den Ausgang für die deutsche Zukunft suchen müssen“⁸⁴. Die geistige Neuorientierung bedurfte indes laut Heuss der Öffnung nach außen. Scharf geißelte er die Überfremdungsfurcht des Nationalsozialismus und trat ihr dezidiert mit der Forderung entgegen: „Wir brauchen wieder Weltluft.“⁸⁵ Das abendländische Fundament von Antike und Christentum gelte es zurückzugewinnen, wie er nicht müde wurde zu wiederholen. Das war eine Öffnung zum Westen hin. Wie in der Politik, so gab es für Heuss auch im Kulturellen keine östliche Orientierung. Ihm ging es darum, die Grundwerte des Westens, seien es die geistigen, seien es die politischen, aufzugreifen und mit Leben zu erfüllen.

Andererseits wollte er die Grenzen nach Osten nicht schließen. Die Mittellage des deutschen Volkes im europäischen Raum war für ihn, obwohl mit politischen und militärischen Gefahren verbunden, immer auch „eine geistige Glückslage“⁸⁶. So konnte er durchaus ein Zukunftsbild entwerfen, in dem die Forderung ihren Platz hatte, „jenes Mitteltum zwischen dem Westen und dem Osten, das die europäische Mission der Deutschen gewesen ist“, im geistigen Sinne wieder zu begreifen⁸⁷. In diesem Sinne sollte Deutschland auch in seinen Augen zur Brücke zwischen West und Ost werden. Politische Schlußfolgerungen verband er damit jedoch nicht; der Gedanke, daß die Brückenfunktion auch einen Kompromiß in den politischen und gesellschaftlichen Grundstrukturen erfordere, lag ihm fern. Falls eine Entscheidung zwischen West und Ost zu treffen war, wies seine Wertgebundenheit von vornherein nach Westen.

Solange sich Deutschland jedoch im ungewissen Schwebezustand jener ersten Jah-

⁸² Schwarz, S. 299ff.

⁸³ Heuss, „Betrachtungen zur innerpolitischen Lage (30. Mai 1945)“, in: Aufzeichnungen 1945–1947, S. 77.

⁸⁴ Rede vom 7. 12. 1945, S. 12.

⁸⁵ Heuss, Rede vom 18. 3. 1946, S. 197; vgl. ders., „Überfremdung“, in: RNZ v. 15. 2. 1946.

⁸⁶ Heuss, Rede vom 18. 3. 1946, S. 196.

⁸⁷ Heuss, Rede vom 6. 1. 1946, S. 9.

re nach 1945 befand, war die westliche Orientierung nur latent, mehr von innerer als von äußerer Bedeutung. In dieser Lage erwähnte Heuss im Februar und März 1947 gelegentlich die Möglichkeit einer deutschen Neutralität. Eine „ewige Neutralisierung Deutschlands“ hielt er „des Durchdenkens würdig“, stellte dabei aber auch die skeptische Frage, ob denn Deutschland seine Neutralität sozusagen anbieten könne, ohne daß ihm die Ironie und der Hohn der Angesprochenen antworteten. Noch sei die Welt zu sehr darauf eingestellt, Sicherheit vor Deutschland zu gewinnen, nicht aber auf Vorschläge, die als Sicherheit für Deutschland gedeutet werden könnten⁸⁸.

Ein solches Argument entsprach durchaus den sonstigen Heuss'schen Überlegungen. Ohne eine deutsche Zwischenstellung in neutralisierter Form auszuschließen, war er sich doch der totalen Abhängigkeit von den Entscheidungen der Siegermächte bewußt. So warnte er vor deutschen Illusionen, die etwa durch die Neutralisierungsidee geweckt werden könnten. Zentrales Ziel konnte die Neutralisierung für ihn aber auch deshalb nicht werden, weil dafür in seiner Sicht eine weitere wesentliche Voraussetzung – neben der Zustimmung der Siegermächte – fehlte. Heuss war in den Jahren unmittelbar nach Kriegsende fest davon überzeugt, daß die Entmilitarisierung Deutschlands von Dauer sein werde. Im moralischen Versagen der deutschen Wehrmacht erkannte er dafür einen der wesentlichen Gründe⁸⁹. Daß die Totalität der deutschen Niederlage eine neue Dolchstoßlegende nicht zuließ, konnte er dabei nur begrüßen. Da für ihn somit „Deutschlands Militärgeschichte zu Ende“⁹⁰ war, sah er das machtlose Deutschland als „ein Vakuum, einen Leerraum, einen Sog der Ohnmacht für die anderen“, als „eine dauernde Gefährdung“⁹¹. Die UNO hielt er angesichts ihrer Konstruktion für untauglich, das Vakuum zu füllen. So blieb nur die deutsche Waffenlosigkeit in ihrem Ausgeliefertsein an den Willen der Siegermächte. Daher gab es für Heuss nach 1947 keinen Anlaß, über eine Neutralität der Deutschen zu reflektieren; nach wie vor befand sich Deutschland in einem „Abwartezustand“⁹².

Wie wenig Raum Heuss noch 1947 für die Vertretung einer eigenen deutschen Linie sah, zeigte seine Reaktion auf die wiederholten Versuche von verschiedener Seite, Gremien deutscher Vertreter zu schaffen und mit ihnen Einfluß auf die Verhandlungen der Siegermächte zu nehmen⁹³. Daß die LPD der sowjetischen Zone die Forderung nach einer „Nationalen Repräsentation“ erhob, mochte aus ostzonaler Sicht als der gegebene Weg erscheinen⁹⁴; Heuss hatte davon keine hohe Meinung. Neben par-

⁸⁸ Heuss, „Vorarbeit für ein Friedensgespräch“, in: RNZ v. 4. 3. 1947; ders., Landtagsrede vom 25. 2. 1947, S. 131.

⁸⁹ Heuss, „Das Ende der Wehrmacht“, in: RNZ v. 12. 9. 1945 (auch in: Aufzeichnungen 1945–1947, S. 143–151).

⁹⁰ Heuss, „Zur Frage der staatsrechtlichen Gestaltung“, S. 124. Vgl. auch seine Rede vom 6. 1. 1947, S. 8, und seine Rede vom 6. 7. 1947 in Eisenach, S. 341 f.; Brief Heuss an Heile vom 22. 5. 1947 (BA, NL Heuss 56).

⁹¹ Heuss, Rede am 25. 2. 1947, S. 131.

⁹² Heuss an Toni Stolper vom 19. 1. 1947 (BA, NL Heuss 489).

⁹³ Vgl. zu diesen Versuchen Schwarz, S. 331 ff.

⁹⁴ Vgl. auch Grundmann, S. 80 ff.

te internen Gründen und der Sorge vor sowjetischem Einfluß auf die Politik der LPD spielten für Heuss' zögernde Haltung noch andere Überlegungen eine Rolle. So erwartete er eine überaus harte Friedensregelung für Deutschland, die „großes Erschrecken“ der Deutschen zur Folge haben werde⁹⁵. In diesem Zusammenhang stellte Heuss Anfang 1947 fest, daß „die schwierigsten Belastungen“ für die Deutschen noch in der Zukunft lägen⁹⁶. Im November 1947 schrieb er dem mit ihm befreundeten und im Londoner Exil lebenden ehemaligen Vorsitzenden der DStP, August Weber:

„Ich selber habe die Auffassung, daß im Augenblick der Erlaß eines Statuts über Deutschland uns für die innen- und außenpolitische Entwicklung erwünschter sein muß als der eines Vertrages, der irgend einmal nachfolgen kann, denn die Lebensbedingungen für Deutschland werden so schwer sein, daß eine vertragliche Verpflichtung eine Lähmung jener Kräfte mit sich führen würde, die ihr Ja dazu sagen.“⁹⁷

Das Gespenst von Versailles stand ihm also ebenfalls vor Augen. Zwar sei, so fuhr er fort, Hitlers Schuld noch nicht aus dem Bewußtsein des Volkes verschwunden, aber durch „neue Nöte und Ungewißheiten“ überdeckt und durch die weltpolitischen Probleme zwischen den Siegern um ihre Wirkungskraft gebracht. In dieser Sicht konnte eine deutsche Beteiligung am Friedensgespräch nur unerwünscht erscheinen.

Außerdem sah Heuss überhaupt keine Chance, daß von deutscher Seite eine einheitliche Konzeption vertreten werden könnte. Schon Anfang 1947 hatte er unterstrichen, daß die Entscheidung über den Frieden „keine Parteifrage“ sei, und dabei hervorgehoben, daß das deutsche Schicksal nicht von den Rivalitätskämpfen zwischen SPD und SED bestimmt werden dürfe⁹⁸, eine Mahnung, die er im Sommer 1947 in Eisenach wiederholte. Andererseits wußte er, daß die Gegensätze eben existierten, und so zog er die Konsequenz: statt die eigene Uneinigkeit zu präsentieren, lieber keine deutsche Vertretung!

Aus diesen Gründen hielt er es für „ein Glück“, daß die Verhandlungspartner der Moskauer Außenministerkonferenz die deutsche Anwesenheit nicht gewünscht hatten⁹⁹, und auf der Sitzung der DPD im November 1947 trat er Bemühungen von Külz um eine deutsche Parteienvertretung für die Londoner Konferenz entschieden entgegen¹⁰⁰. Die tiefen Meinungsverschiedenheiten zwischen den diversen deutschen Parteien boten in seinen Augen den Alliierten eine allzu gute Chance, die Deutschen gegeneinander auszuspielen¹⁰¹. In diesem Zusammenhang gab Heuss übrigens Weber zu

⁹⁵ Heuss, „Unser Beitrag“, in: *Stuttgarter Nachrichten* v. 31.12.1946.

⁹⁶ Heuss, „Deutsche Notwendigkeiten“, in: *RNZ* v. 1.1.1947.

⁹⁷ Heuss an August Weber am 22.11.1947 (BA, NL Heuss 103).

⁹⁸ Heuss, Rede vom 6.1.1947, S.7; vgl. Heuss an Toni Stolper am 19.1.1947 (BA, NL Heuss 489).

⁹⁹ Heuss, „Voraussetzungen“, in: *RNZ* v. 28.6.1947; ders., „Zur Frage der staatsrechtlichen Gestaltung“, S.112. Auf denselben Ton waren auch Heuss' Bad Aiblinger Ausführungen gestimmt.

¹⁰⁰ Niederschrift der Sitzung des vorläufigen Reichsvorstandes der Demokratischen Partei Deutschlands in Frankfurt am Main am 3.11.1947, abgedruckt bei Grundmann, S.95 f.

¹⁰¹ Vgl. die ausführliche Begründung seiner Haltung in den beiden Briefen an den FDP-Vorsitzenden der britischen Zone, Franz Blücher, vom 15.11.1947 (BA, NL Heuss 54) und an August Weber vom

verstehen, daß er die Einschätzung mancher seiner westdeutschen Parteifreunde nicht teile, die SED sei nicht als deutsche Partei, sondern als Russenpartei zu werten; nach seiner Ansicht gehörten zu ihrer Anhängerschaft doch auch Elemente, die „nicht einfach als Funktionäre der russischen Machtpolitik zu betrachten“ seien¹⁰². Dennoch war auch für ihn bei einer Mitwirkung der SED an eine gemeinsame Interessenvertretung der deutschen Parteien nicht zu denken. So zog er im Dezember 1947 einen klaren Trennungsstrich gegenüber Külz¹⁰³, als dieser an der von der SED eingeleiteten Volkskongreßbewegung teilnahm¹⁰⁴, und leitete damit das Ende der DPD als gesamtdeutscher Dachorganisation der Liberalen ein, das dann im Januar 1948 von den führenden westdeutschen Liberalen in Frankfurt besiegelt wurde¹⁰⁵. An diesem kritischen Moment der deutschen Nachkriegsgeschichte erwies sich auch das Band zwischen den west- und ostdeutschen Liberalen als zu schwach für die Spannungen des Kalten Kriegs.

*

Wann hat Heuss sich eingestanden, daß durch den zunehmenden Gegensatz der Weltmächte der Zusammenschluß aller vier Zonen in weite Ferne gerückt war und zunächst nur die Bildung eines westdeutschen Staatsgebildes in Frage kam? Angesichts seiner gerade in den ersten Monaten des Jahres 1948 nur beschränkten publizistischen Tätigkeit und angesichts der Lücken in seinem Briefwechsel ist das bisher nicht eindeutig zu klären. Auch ist nicht erkennbar, ob er die Westlösung zögernd akzeptierte, wie Pikart meint¹⁰⁶, oder ob er das Steuer entschlossen herumgeworfen hat. Die Frage, ob er die Konsequenzen der Weststaatsbildung voll übersah, ist aus dem vorhandenen Material ebenfalls nicht zu beantworten.

Im Juni 1946 hatte ihm sein Freund Gustav Stolper geschrieben:

„In wenigen Monaten werden Washington und London vor der Entscheidung stehen, wie lange sie den bestehenden Kriegszustand weiterführen und damit die direkte Verantwortung für ein hungerndes und verelendendes Deutschland tragen wollen, weil Rußland nicht bereit ist, eine deutsche Regierung bilden zu lassen, mit der man einen Frieden machen kann – oder ob man die durch militärische Tatsa-

22. 11. 1947 (BA, NL Heuss 103). In seinem Brief an Külz vom 19. 12. 1947 hob Heuss noch einmal hervor, er habe vom Frühjahr 1947 ab „immer diesen Gedanken eines sich selber legitimierenden Mehrparteien-Gremiums abgelehnt, weil ich ihm die staatsrechtliche wie die moralische Qualifikation bestreite“. Auch abgedruckt bei Grundmann, S. 102. Vgl. auch Pikart, S. 50.

¹⁰² Heuss an August Weber am 22. 11. 1947 (BA, NL Heuss 103).

¹⁰³ Heuss an Külz am 19. 12. 1947, bei Grundmann, S. 101–103.

¹⁰⁴ Vgl. Rütten, S. 124 ff. Rütten's Bemühen um eine „neue Würdigung“ von Külz (S. 138) vermag ich bei aller Sympathie für den Versuch, ihn gegenüber einseitigen westlichen Vorwürfen in Schutz zu nehmen, nicht zu folgen.

¹⁰⁵ Sitzung des vorläufigen Reichsvorstandes der Demokratischen Partei Deutschlands in Frankfurt am Main am 18. 1. 1948, abgedruckt bei Grundmann, S. 103–110. Ohne die westliche Position aufzugeben, versuchte Heuss auf dieser Sitzung das Unmögliche, nämlich die Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit mit den liberalen Vertretern der sowjetischen Besatzungszone. Beides zugleich war aber in der Atmosphäre zu Beginn des Jahres 1948 nicht zu verwirklichen.

¹⁰⁶ Pikart, S. 50.

chen geschaffene, nicht politisch gewollte Zweiteilung Deutschlands einfach akzeptieren und ohne Rußland Westdeutschland, also ein Gebiet von 40 bis 45 Millionen, als solches konstituieren und anerkennen soll. Alle denkenden Leute sind sich darüber klar, daß das weder eine Lösung der deutschen Frage, noch ein wirklicher Friede sein kann. Es vergrößert noch enorm die Reibungsfläche mit Rußland und die Gefahr eines offenen Konflikts. Aber trotz allem kann das unter Umständen das geringere Übel sein verglichen mit einer Weiterschleppung des jetzigen Zustands, der nicht nur für das deutsche Volk, sondern für Amerika und England materiell und moralisch unerträglich ist.¹⁰⁷

Auffälligerweise war Heuss in seinem Antwortbrief einer Stellungnahme zu diesem Teilungskonzept ausgewichen. Zeichnete dafür allein das in seiner Antwort genannte „Schicksal der inneren Ungewißheit“ verantwortlich, das damals, neben der allzu schmalen Informationsgrundlage, nach seiner Ansicht eine auch nur „halbwegs sichere Beurteilung der Weltentwicklung“ nicht zuließ? Er hat Stolpers Brief ernst genug genommen, ihn selbst an Parteifreunde und Bekannte, u. a. an den württembergischen Ministerpräsidenten Reinhold Maier und an Otto Geßler, den ehemaligen Reichswehrminister der Weimarer Republik, weitergegeben¹⁰⁸. Die Vermutung liegt nahe, daß Heuss sich die harten Wahrheiten, die Stolpers Schreiben enthielt, 1946 noch nicht eingestehen wollte. Von dem „unverzichtbaren Einheitsbedürfnis der Deutschen“¹⁰⁹, das er beschwor, selbst bewegt, ging es ihm darum, einseitige deutsche Vorentscheidungen zu vermeiden. Anders sah die Sache aus, wenn der Zwang zum Handeln von den Alliierten kam. Dann war dem von Stolper 1946 anvisierten Konzept, das Heuss danach kaum je aus dem Gedächtnis verloren haben kann, nicht auszuweichen.

Dafür spricht auch der Kommentar, mit dem Heuss 1946 die Vorbereitungen zur Bildung der Bizone begleitet hat. Die Schaffung der ersten bizonalen Ausschüsse war in seinen Augen ein Vorgang von „historischem Gewicht“, ein „Schritt voran“, an den freilich keine übergroßen Erwartungen geknüpft werden dürften. Ausdrücklich erwähnte Heuss die „Furcht, daß der Gewinn erkaufte werde mit einer Vertagung der großen Lösung“. Derartige Bedenken wollte er nicht mit leichter Hand zur Seite geschoben wissen, doch ließ er sein Urteil von ihnen nicht mehr bestimmen. Schon damals zeigte sich Heuss bereit, Vorentscheidungen der westlichen Alliierten für westliche Sonderlösungen mitzuvollziehen. Daß für ihn dabei die Hoffnung mitspielte, auf diese Weise werde ein erster Schritt zur Wiederherstellung eines gesamtdeutschen Staatsbaus getan, läßt sich nicht belegen, ist aber sehr wahrscheinlich. Noch hoffte Heuss, daß „für das deutsche Volk“ – das offensichtlich in seiner Gesamtheit gemeint war – bei diesem Schritt „etwas Gescheites“ herauskommen werde¹¹⁰.

Die „Klärung der deutschen Dinge im Weltenmachtkampf“¹¹¹ war für Heuss aber

¹⁰⁷ Gustav Stolper an Heuss und seine Frau am 8. 6. 1946 (BA, NL Heuss 489).

¹⁰⁸ Heuss an Gustav und Toni Stolper am 21. 7. 1946 (ebenda).

¹⁰⁹ Heuss, Rede vom 25. 2. 1947, S. 129 (auch in: Theodor Heuss. Politiker und Publizist, S. 327).

¹¹⁰ Heuss, „Ein Schritt voran“, in: RNZ v. 21. 9. 1946.

¹¹¹ Heuss an Toni Stolper am 30. 12. 1947 (BA, NL Heuss 489).

auch Ende 1947 noch längst nicht entschieden. Zwar empfand er zu diesem Zeitpunkt den Gegensatz der beiden weltpolitischen Pole USA und Rußland als „zwangsläufig“¹¹², und so hat er folgerichtig der Londoner Konferenz im Herbst 1947 „mit Skepsis“ entgegengesehen¹¹³. Doch schloß er anscheinend eine gesamtdeutsche Lösung noch immer nicht aus. Wie konnte sie aber aussehen?

Im März 1947 hatte beispielsweise Wilhelm Külz die Liberalen der Westzonen bei der Gründungstagung der DPD in Rothenburg mit einer Perspektive überrascht, die folgende Stationen vorsah: „Einsetzung einer vorläufigen deutschen Regierung; Ausarbeitung einer vorläufigen Verfassung und eines Wahlgesetzes; allgemeine Wahlen und Bestätigung der Regierung, die sich dann als Vertretung des deutschen Volkes bereithalten könne.“ So ging es für Heuss indes nicht. Er erklärte den Külzschen Vorschlag für „undurchführbar“ und durfte dabei die westdeutschen Liberalen hinter sich wissen¹¹⁴. Sein Weg führte, wie er erstmals gegenüber Stolper im Juli 1947 genauer erkennen ließ, nicht über eine vorläufige deutsche Regierung, die doch nur von den Alliierten eingesetzt werden konnte, sondern über „eine aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Volksvertretung von und für ganz Deutschland“. Er wußte aber nur zu gut und verhehlte dies nicht, daß eine derartige Lösung 1948 allein dann auf der Tagesordnung stehen würde, „wenn alles ‚gut‘ geht“¹¹⁵.

Im Oktober 1947 benannte er bei der Schwetzingener DVP-Zonentagung offen jene Macht, die einer solchen Entwicklung entgegenwirkte: Auch für Heuss war die Sowjetunion der Staat, der „nach wie vor“ Gesamt-Deutschland verweigerte¹¹⁶. Anlaß zu antirussischen Ausfällen war für ihn diese klare Schuldzuweisung aber auch jetzt noch nicht. Es fällt auf, daß ihn der Gedanke eines deutschen Parlaments als Weg zur deutschen Einheit im Herbst 1947 stark beschäftigte. Das Vorbild des Jahres 1848 ist unübersehbar, zumal wenn man sich vergegenwärtigt, wie intensiv er sich durch die Niederschrift seines Buches über die Revolution von 1848 gerade damals mit dieser Thematik auseinandersetzte. In seiner Hannoveraner Rede zur Situation Deutschlands hob er am Vorabend der Londoner Konferenz hervor:

„Auch die Deutschen müssen ihr Recht haben, sich selbst ihren Staat zu schaffen. Wir bejahen die Einheit Deutschlands, indem wir ein einheitliches deutsches Parlament verlangen. Wir bejahen die Einheit des Volkes, das sich dann selbst in einer Regierung repräsentieren kann.“¹¹⁷

¹¹² Heuss, „Deutschland am Vorabend der Londoner Konferenz“, außenpolitische Rede vom 25. 11. 1947 in der Stadthalle Hannover. Über diese schon wegen ihres Datums hochinteressante Rede findet sich leider nur ein kurzer Bericht in: Der Freie Demokrat, Jg. 2, Nr. 32/33 v. 30. 11. 1947.

¹¹³ Bericht über Heuss-Rede beim 1. Parteitag der Zonenorganisation der DVP in Schwetzingen am 25. 10. 1947, in: Das neue Vaterland 2 (1947) Nr. 21 v. November 1947, S. 1 f.

¹¹⁴ Niederschrift der Sitzung des Koordinierungsausschusses am 17. 3. 1947 in Rothenburg o. T., abgedruckt bei Grundmann, S. 92.

¹¹⁵ Heuss, „Zur Frage der staatsrechtlichen Gestaltung“, S. 136.

¹¹⁶ Niederschrift der Sitzung des Zonenvorstandes der DVP am 24. 10. 1947 in Schwetzingen (FNSt-ADL 41).

¹¹⁷ Siehe Anm. 112.

Ähnlich lautete der Schlußabsatz seines Buches über 1848. Die „Symbolkraft des großartigen Unterfangens“ ruhte laut Heuss darin, „daß die Deutschen, zum erstenmal in ihrer Geschichte, sich sinnhaft als wollende Einheit fassen konnten“¹¹⁸. Für die Enkel und Enkelöhne sah Heuss als zentralen Auftrag „den Willen zur demokratischen Selbstgestaltung der Nation“. In jenen Herbstmonaten des Jahres 1947 stellte eine „einheitliche Vertretung“, „die in der freien Entscheidung der Millionen gewählte Vertretung der deutschen Gesamtheit“, noch immer den Richtpunkt für Heuss' nationalpolitisches Wollen und zugleich für sein demokratisches Engagement dar¹¹⁹.

Die Idee einer aus allgemeinen und unbeeinflussten Wahlen hervorgehenden gesamtdeutschen Volksvertretung hatten die westlichen Liberalen auch auf der Tagung des „Vorläufigen Reichsvorstandes“ der DPD am 3. November 1947 in Frankfurt den weiterreichenden Ideen von Külz mit Erfolg als Minimalforderung entgegengesetzt¹²⁰. Allerdings gab Heuss gleichzeitig in einem privaten Schreiben zu, daß er die Verwirklichung der Forderung „nicht von heute auf morgen“ erwarte, denn „der SPD- und SED-Komplex im Osten“ liege ungeklärt dazwischen. Jedoch hielt er den Gedanken einer gesamtdeutschen Volksvertretung „vor allem“ auch deshalb für notwendig, weil den staatenbündlerischen Auffassungen der französischen Besatzungsmacht und einzelner Gruppen in der französischen Zone entgegengetreten werden müsse¹²¹. Das schloß einerseits eine gesamtdeutsche Lösung noch immer nicht aus, gab der Parlaments-Idee aber zugleich eine Zielrichtung, die für Heuss' Bejahung der westdeutschen Staatsbildung von zentraler Bedeutung war.

Die Auffassung, mit der Entscheidung für die Westlösung habe man das gemeinsame Boot verlassen, um „das rettende Wohlstandsufer zu betreten“¹²², greift für Heuss jedenfalls zu kurz. Gerade wenn die Debatte über den Anteil der Deutschen am Verlust der Reichseinheit ernst genommen werden soll, gilt es die Beweggründe für die Bereitschaft zur Mitarbeit bei der Integration der drei Westzonen genauer zu charakterisieren. Zurecht hat Pikart darauf verwiesen, daß das „inner-westdeutsche Einheitsproblem“ für Heuss, dessen politische Überlegungen naturgemäß von der Entwicklung im südwestdeutschen Raum stark beeinflußt wurden, einen hohen Stellenwert hatte¹²³. Findet sich dies Motiv auch in anderen seiner Äußerungen aus

¹¹⁸ Heuss, 1848, S. 166.

¹¹⁹ Ebenda, S. 167.

¹²⁰ Abgedruckt bei Grundmann, S. 96 f.

¹²¹ Brief Heuss an August Weber v. 22. 11. 1947 (BA, NL Heuss 103).

¹²² So Helmut Grieser, „Literaturbericht Deutsche Geschichte seit 1945“, Teil 2, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 35 (1984), S. 38.

¹²³ Pikart, S. 51. Sehr aufschlußreich sind auch die beiden von Pikart (ebenda) zitierten Stellen aus Briefen von Heuss an Margret Boveri vom 30. 10. 1953 und 15. 9. 1954. In einem Brief an den Kreisverband Einbeck der FDP vom 23. 4. 1949 unterstrich Heuss: „Wir haben die Aufgabe, vor allem im Hinblick auf die Länder der franz. Zone und Berlin, eine Zusammenfassung der westdeutschen Entwicklung zu ermöglichen, wo immer und wie immer es möglich ist.“ Bei der Gestaltung dieser westdeutschen Entwicklung dürfe man nicht von einem „rein theoretischen Wunschbild“, sondern nur von der „Erkenntnis der realen Lage in Deutschland“ ausgehen.

dieser Periode? Daß er die Aufteilung Württembergs in einen amerikanischen und einen französischen Teil für absurd hielt, hatte er schon im Dezember 1945 zu erkennen gegeben, und auch später hat er seiner Sorge über die unter dem Einfluß der jeweiligen Besatzungsmacht unterschiedlichen Entwicklungen in den beiden Teilen mehrfach Luft gemacht¹²⁴. Gerade für den entscheidenden Zeitraum des Frühjahrs 1948 fließen die Quellen jedoch spärlich. So muß aus den früheren und späteren Äußerungen geschlossen werden, daß er auch in der Überwindung der Absonderung der französischen Zone ein wesentliches Ziel westdeutscher Zusammenarbeit sah¹²⁵.

Jedoch hat Heuss nicht darauf gedrängt, daß die Westzonen sich separat organisierten, sondern zumindest nach außen Zurückhaltung gewahrt. In seinem Namen, aber auch im Namen Franz Blüchers, des Vorsitzenden der Freien Demokraten in der britischen Zone, wurde im April 1948 vorlauten Parteifreunden im Blick auf die Ostzone „äußerste Zurückhaltung“ empfohlen, um keine Vorwände für „ein sowjetisches Ostdeutschland“ zu liefern. Als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der DPD gab Ernst Mayer in Übereinstimmung mit Heuss und Blücher im Rundschreiben Nr. 2 der DPD zu verstehen, daß zwar „ganz zweifellos“ der „Weg zu einer deutschen Wiedergeburt und zu einer Wiedervereinigung der Zonen“ nur über eine teilstaatliche Zusammenfassung gehe, in dieser Frage aber „die geschichtlichen Verantwortungen nicht verwischt werden“ dürften¹²⁶.

Der Verfasser solch eindeutiger Empfehlungen war aber Ernst Mayer, nicht Theodor Heuss. Von ihm selbst fehlen aus den ersten Monaten des Jahres 1948 klarere Äu-

¹²⁴ Heuss, Rede vom 7. 12. 1945, S. 15; Rede vom 6. 1. 1947, S. 8.

¹²⁵ Auch auf dem Schwetzingen DVP-Zonenparteitag hat er dieses Problem angesprochen (siehe Anm. 116).

¹²⁶ Rundschreiben Nr. 2 der Demokratischen Partei Deutschlands vom 2. 4. 1948 (FNSt-ADL 67). Sehr aufschlußreich für seine eigene Haltung ist die anschließende Stellungnahme, die Mayer nach seinen Worten der – offensichtlich amerikanischen – Besatzungsmacht auf deren Bitte hin zu diesem Fragenkomplex gegeben hat: „Die Zoneneinteilung in Deutschland wurde von den Besatzungsmächten geschaffen. Es kann keinem deutschen Politiker und keiner deutschen Partei zugemutet werden, die Aufspaltung Deutschlands nachträglich zu sanktionieren, indem sie von sich aus der Bildung eines west- oder eines ostdeutschen Staates das Wort redet. Wenn die Alliierten sehen, daß sie zu einer Einigung nicht kommen, und erkannt haben, daß die einzelnen Teile allein nicht existenzfähig sind, dann mögen sie einen Zusammenschluß auf bi- oder trizonaler Basis herbeiführen, der von uns zur Kenntnis genommen werden wird und den wir im Interesse des ganzen Deutschlands mit allen Kräften unterstützen werden. Den Männern unserer Partei ist es klar, daß es nur einen Ausweg aus der unhaltbaren Situation heraus gibt, nämlich den des Zusammenschlusses Westdeutschlands und seine Einbeziehung in den europäischen Zusammenschluß. Die Initiative dazu aber muß von der Besatzungsmacht ausgehen.“ Dieser Stellungnahme fügte dann Mayer für seine liberalen Parteifreunde noch hinzu: „Bei allem Verständnis für die Auffassung der Freunde, die eine deutsche Initiative wünschen, muß doch im Blick auf die Ostzone, der solche Äußerungen Vorwände für ein sowjetisches Ostdeutschland liefern, äußerste Zurückhaltung geübt werden“ (ebenda). Für die parteipolitische Bedeutung der von Ernst Mayer verfaßten und stets von Heuss mitgezeichneten Rundschreiben im Sinne des damit verbundenen Anspruches der südwestdeutschen Liberalen auf die Führungsrolle unter den Liberalen im Westen Deutschlands vgl. Hein, V. Kap. Abschnitt 5.

ßerungen zur Deutschlandpolitik. Behandelten seine öffentlichen Reden in dieser Zeit – auch auf den Landesparteitagen der württembergischen Liberalen im Januar, der Berliner Liberalen im März und der pfälzischen Liberalen im April 1948 – immer wieder die Revolution von 1848, so hat Heuss auch in den bisher bekannt gewordenen persönlichen Briefen nicht zur Lage in Deutschland nach dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz vom Dezember 1947 Stellung genommen. „Den“ Heuss-Brief vom Frühjahr 1948, in dem er ähnlich ausführlich wie in verschiedenen Briefen des Jahres 1947 seine Ansichten über die deutschlandpolitischen Entwicklungen darlegte, gibt es bislang noch nicht. Ein glücklicher Fund kann selbstverständlich noch nicht ausgeschlossen werden. Bis dahin mag es aber erlaubt sein, von einer Art Sendepause in seinen deutschlandpolitischen Äußerungen zu sprechen und über die spezifischen Gründe dieses eigentümlichen Schweigens in den ersten Monaten des Jahres 1948 nachzudenken.

Im Mai 1947 hatte Heuss in einem langen Brief an Wilhelm Heile, der mittlerweile seine anfängliche Führungsrolle bei den Liberalen der britischen Besatzungszone bereits wieder verloren hatte, geschrieben, so wie er die deutsche Lage sehe, müsse das deutsche Volk wieder zu einer „eigenen politischen Figur“ werden¹²⁷. Die Einigung sollte also von unten, vom Volke her kommen. In Übereinstimmung damit stand die Forderung nach dem einen deutschen Parlament, die sich, wie erwähnt, bis zum November 1947 bei Heuss als Überlegung findet. Voraussetzung war allerdings stets das Einverständnis aller Siegermächte, Deutschland diesen parlamentarischen Weg tatsächlich beschreiten zu lassen. Was aber, wenn sie sich nicht zu einigen vermochten? In dem Brief an Heile vom Mai 1947 hatte Heuss gemeint, achtzig Jahre – des Vereintseins – seien in einer Zeit bewußter Teilnahme am politischen Geschehen nicht auszureichen. Sollten die Siegermächte sich nicht auf eine derartige gesamtdeutsche Lösung einigen können, so werde das „unabweisbar *das* Politikum der nächsten Generation“¹²⁸. In dieser Formulierung steckt zunächst einmal Heuss' eigene nationale Grundausrichtung, dann aber auch das Verständnis für die möglicherweise explosive Dynamik der nationalen Frage, gesteigert zur Sorge, die Erstarrung der internationalen Fronten könne zu einer gefährlichen Aufheizung der nationalen Temperatur in Deutschland führen! Daß es darum gehe, „realistische Einsichten verbindlich zu machen und nicht billigen Nationalismus zu betreiben“ – so Heuss in Schwetzingen im Herbst 1947¹²⁹ –, war eine Mahnung, die sich bei ihm immer wieder in neuer Variation antreffen läßt. Alle weit vorausweisenden Überlegungen mußten sich schon deshalb verbieten.

In der Dreikönigsrede vom 6. Januar 1948, der Revolution von 1848 gewidmet, beschränkte Heuss seine ausdrücklich auf die deutsche Gegenwart bezügliche Überlegung charakteristischerweise auf den Satz:

¹²⁷ Heuss an Heile am 22. 5. 1947 (BA, NL Heuss 56).

¹²⁸ Ebenda.

¹²⁹ Siehe Anm. 116.

„Und wir heute? Es ist eine verflucht harte Sache, heute von der Freiheit zu reden, da das Vaterland unfrei ist, von der Einheit, da ihr Gewinn oder Verlust im Mächtespiel der anderen beschlossen ist.“¹³⁰

Anschließend betonte er die Aufgabe, „der Freiheit einen schöpferischen Sinn zu lassen oder zu geben“. Noch wiesen ihm die 48er das Ziel, Deutschland als „die Heimat eines freien Menschentums“ zu finden¹³¹. Diese Betonung der Freiheit schloß angesichts der Verhältnisse in Deutschland und angesichts der internationalen Situation zu Anfang des Jahres 1948 bereits den vorläufigen Verzicht auf die Einheit ein. Heuss dürfte sich dessen bewußt gewesen sein. Aussprechbar war eine derartige Einsicht für ihn aber noch nicht. Auffällig ist in diesem Zusammenhang auch ein brieflicher Vorwurf, den er Martin Euler machte, dem Parteiführer der hessischen Liberalen. Hatte Euler zu den Frankfurter Verhandlungen von Anfang Januar 1948 über die Fortsetzung der westzonalen Integration öffentlich eine positive Erklärung abgegeben¹³², so schrieb ihm Heuss am 12. Januar 1948, er hätte sich „jetzt völlig zurückgehalten“. Interessanterweise brachte er seine Mahnung zunächst einmal in einen taktischen Zusammenhang mit dem unmittelbar bevorstehenden – und, wie sich dann erweisen sollte, letzten – Treffen des „Vorläufigen Reichsvorstandes“ der DPD in Frankfurt am 18. Januar 1948. Dort, so sagte er, müsse man die Auseinandersetzung mit den ostdeutschen Liberalen „fest, aber nicht feindselig führen“. Dieser parteitaktisch orientierten Bemerkung, deren Hintergrund in der bereits skizzierten Auseinandersetzung über Külz' Rolle in der Volkskongressbewegung zu finden ist¹³³, fügte Heuss den Satz hinzu: „denn da steht volkpsychologisch zu viel auf dem Spiel“¹³⁴.

Ein solcher Satz hatte zweifellos nicht nur parteitaktische Bedeutung. Zum einen war Heuss sich auch Anfang 1948 über den wahrscheinlichen Gang der künftigen deutschen Entwicklung noch immer nicht klar. Wohin das „Mächtespiel der anderen“, von dem er am 6. Januar 1948 in Stuttgart gesprochen hatte¹³⁵, führen werde, war noch nicht mit Sicherheit zu sagen. Im März 1948 schrieb Heuss an den im Rahmen der „Liberalen Weltunion“ aktiven Eschweger Verleger H. A. Kluthe, während er seine eigenen verfassungstheoretischen Ausführungen auf dem bevorstehenden Züri-

¹³⁰ Wir suchten Deutschland 1848 – Wir suchen Deutschland 1948. Zwei Reden von Theodor Heuss und Reinhold Maier auf dem Dreikönigs-Parteitag der DVP Württemberg-Baden am 6. 1. 1948 in Stuttgart, Stuttgart o. J., S. 8.

¹³¹ Ebenda, S. 9.

¹³² Es handelt sich dabei um die Beratungen zwischen dem amerikanischen und dem britischen Militärgouverneur, den bizonalen Länderchefs und den Vertretern der Zweizonenverwaltungen am 7. und 8. 1. 1948 in Frankfurt, bei denen für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet eine neue Organisationsform geschaffen wurde. Vgl. Johannes Volker Wagner, „Einleitung“, in: Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle. Bd. 1 Vorgeschichte, bearb. v. J. V. Wagner, Boppard 1975, S. XIII. Siehe ferner auch Hein, Kap. V, 4. Abschnitt. Der Wortlaut der Stellungnahme Eulers liegt mir nicht vor. Seine bejahende Einstellung zur Integration der westlichen Zonen kommt auch klar zum Ausdruck in seinem Brief an Heuss v. 19. 12. 1947 (BA, NL Heuss 56).

¹³³ Siehe oben S. 98 und 105 f.

¹³⁴ Heuss an Euler am 12. 1. 1948 (BA, NL Heuss 56).

¹³⁵ Siehe Anm. 130.

cher Kongreß der liberalen Internationale vorbereitete, die Dinge seien „um deswillen ja mit Vorsicht zu behandeln, weil wir im Augenblick noch nicht sehen, was die Londoner Konferenz produzieren wird“¹³⁶. Dabei hatte er wohl nicht allein verfassungspolitische Details, sondern auch den allgemeinen Rahmen einer zukünftigen deutschen Staatsbildung im Auge. Noch im Juni 1948 schrieb Heuss einem Freunde, man dürfe nicht übersehen, „daß die Besatzungsmächte nicht nur untereinander uneins sind, sondern daß bei allen (auch bei den Russen) die verschiedenen Tendenzen der Deutschlandpolitik intern miteinander kämpfen“¹³⁷.

Bemerkenswert ist die Erwähnung der Sowjetunion in diesem Zusammenhang. Konkrete Hoffnungen auf eine gesamtdeutsche Lösung kann Heuss mit seiner Einschätzung der internen Uneinigkeit der Besatzungsmächte indes damals nicht mehr verbunden haben. Doch dürfte sie dazu beigetragen haben, daß er sich so wenig wie möglich festlegen wollte.

Außerdem war er, angesichts der Brisanz der deutschen Frage, offensichtlich darauf bedacht, die nationale Frustration nicht noch durch öffentliche Äußerungen aufzureizen. Wie sein Brief an Heile vom Mai 1947 zeigt, war Heuss sich jener Brisanz in hohem Maße bewußt. Selbst wenn wichtigste Fragen vorerst unbeantwortet zu bleiben hatten, schien ihm Reserviertheit geboten. Das schloß ein Nachvollziehen westlicher Entscheidungen nicht aus, wohl aber jedes deutsche Vorpreschen.

Im übrigen schreckte die Erinnerung an Versailles. Daher hatte er, wie bereits erwähnt, im Herbst 1947 ein Statut der Besatzungsmächte vorziehen wollen¹³⁸. Nun mochte man Anfang 1948 darauf hoffen, daß eine Entscheidung der westlichen Mächte weniger hart ausfallen werde als eine Übereinkunft aller vier Siegerstaaten und daß daher die gefürchtete Kompromittierung jener deutschen Kräfte, die sich und ihre Unterschrift den Siegern zur Verfügung stellten, nicht mehr drohte. Doch gab es auch dafür keine Sicherheit, und so mußte es geraten erscheinen, sich nicht zu früh mit der historischen Verantwortung zu belasten.

Vielleicht wußte Heuss damals schon längst, daß der Schritt zum Weststaat unausweichlich war. Die Bemerkungen Stolpers hatten ihm ja bereits im Sommer 1946 diese Richtung gewiesen. Doch blieb nach außen bis zum Januar 1948 die Ablehnung jeder Option für seine Haltung bestimmend. Zwar hatte der Geschäftsführer der Berliner Liberalen, H. Truchsæss, nach einer Informationsreise durch Württemberg und Hessen im September 1947, bei der er auch mit Heuss zusammengetroffen war, konstatiert, bei den Liberalen der amerikanischen Zone laute das Urteil, „daß London uns

¹³⁶ Heuss an Kluthe am 5. 3. 1948 (BA, NL Heuss 58). Der stellvertretende Vorsitzende der FDP in der Britischen Zone, Hermann Schäfer schrieb zum gleichen Zeitpunkt an Kluthe (27. 3. 1948): „Andererseits ist bei vielen unserer Freunde die Lust, sich allzu sehr für eine westliche Auffassung einzusetzen, im Hinblick auf die unsicheren Verhältnisse nicht sehr groß. Auch hier gibt es opportunistische Elemente, bei denen die Vorsicht größer ist als die Überzeugungstreue“ (BA, NL Kluthe 19). Während der Vorwurf des Opportunismus für Heuss nicht zutrifft, dürfte er von der genannten Unsicherheit in erheblichem Maße bestimmt gewesen sein.

¹³⁷ Heuss an Dr. H. Rustige, Stuttgart, am 2. 6. 1948 (BA, NL Heuss 94).

¹³⁸ Siehe oben S. 105.

keinen Erfolg bringen werde, und daß man die Ostzone vorläufig abschreiben müsse¹³⁹. Zwar hatte Blücher in einem Brief an Heuss am 1. November 1947 vom „erwägen politischen Zusammenschluß der drei Westzonen“ gesprochen¹⁴⁰, und der Heuss viel näherstehende Ernst Mayer war bereits im April 1947 als Verfechter westzonaler Integration und westdeutschen Wiederaufbaus hervorgetreten¹⁴¹. Bei Heuss finden sich selbst Ende 1947 und Anfang 1948 keine derartigen Zukunftsperspektiven, so skeptisch auch er die Erfolgchancen der Londoner Konferenz beurteilt hatte.

Noch in der ganzen ersten Hälfte des Jahres 1948, solange die Verhandlungen in London andauerten, hat Heuss weder gesagt noch geschrieben, daß er sich mittlerweile zur Befürwortung des Weststaats bekehrt habe. Selbst eine so verklausulierte Bejahung eines vorläufig auf Westdeutschland beschränkten Einigungsprozesses, wie Blücher sie im März 1948 äußerte¹⁴², ist bei Heuss nicht anzutreffen. Doch dürfte er

¹³⁹ H. Truchsæss, Reisebericht über meine Besuche in Württemberg und Hessen, Sept. 1947 (Privatbesitz Dr. H. Schwennicke).

¹⁴⁰ Blücher an Heuss am 1. 11. 1947 (BA, NL Heuss 54). Aufschlußreich für Blücher auch dessen folgende Bemerkung in diesem Brief, daß er das Ziel der „Vierzonenpartei“ mit Heuss teile und auch den Gedanken ablehne, „hiervon deswegen abzugehen, weil ich etwa die Spekulationen mitmache, nach denen wir von uns aus Regelungen zustimmten, die durch einen Sonderfrieden mit den Westzonen oder sonstwie die endgültige Aufspaltung Deutschlands herbeiführen. Es wird schon schlimm genug sein, wenn die Alliierten keinen anderen Ausweg sehen und wir gezwungen sind, das Geschehene hinzunehmen.“ Trotz der unverkennbaren Bereitschaft, sich zwingen zu lassen, meinte er abwehrend hinzufügen zu müssen: „Eigene Mitwirkung in Richtung auf dieses Ziel würde ich aufs schärfste verurteilen.“

¹⁴¹ Vgl. Hein, Kap. V, 4. Abschnitt.

¹⁴² Siehe seine Artikel „Echte deutsche Beteiligung ist notwendig“, in: Westdeutsche Rundschau v. 9. 3. 1948, und „Deutsche Freiheit, ein Mittel zur europäischen Beruhigung“, ebenda, 27. 3. 1948. Beide Ausschnitte aus der Westdeutschen Rundschau auch in: BA, NL Blücher 156. Zwischen ihnen als Bl. 36 der Durchschlag eines maschinenschriftlichen Textes, der offensichtlich ebenfalls von Blücher stammt, aber, da ohne Verfasser, Unterschrift und Titel, ihm nicht mit letzter Sicherheit zugeordnet werden kann. Da dieser Text vom 10. 3. 1948 jedoch sehr ausdrucksvoll ist, sei er vollständig wiedergegeben:

„Der Plan der Westmächte, eine deutsche Regierung für die drei Westzonen zu bilden, ist zwangsläufige Folge der internationalen politischen Entwicklung seit 1945. Die konsequente Politik der Sowjet-Union, ihren gesamten europäischen Einflußbereich nach russischem Vorbild umzugestalten und ihn ihrer unbeschränkten Beeinflussung zu unterwerfen, hat Deutschland in die mißliche Lage gebracht, daß sowohl die Ostzone als auch die Ostodergebiete einer rechtsstaatlich demokratischen Entwicklung entzogen worden sind. Eine durchgreifende Besserung der Lebensverhältnisse von über 50 Mill. Menschen in den Westzonen und die Gründung einer auf Recht und Freiheit aufgebauten Demokratie in Deutschland ist daher zur Zeit nur in engem Zusammenwirken mit den anderen europäischen Völkern außerhalb des russischen Einflußbereiches möglich. Aus diesen Erwägungen heraus ist auch die Bildung einer Westzonen-Regierung zu begrüßen, so bedauerlich an sich eine solche Maßnahme vom gesamtdeutschen Gesichtspunkt her auch ist. Damit ist jedoch die unerläßliche deutsche Forderung verbunden, daß die neue deutsche Regierung die Vollmachten erhält, die die Behandlung aller wirtschaftlichen und sozialen Fragen in dem vom deutschen Interesse gebotenen Sinne gewährleisten. Durch die Bildung einer Regierung für die Westzone wird die Forderung nicht berührt, die russische Besatzungszone und die Ostodergebiete in ein wahrhaft demokratisches Gesamt-Deutschland einzubeziehen.“

sich in jenen Monaten Überlegungen genähert haben, wie sie der württemberg-badische Ministerpräsident Reinhold Maier in einem Brief vom Mai 1948 formuliert hat:

„Noch nie in der Geschichte hat es irgendwo wirtschaftliche Einheit gegeben ohne entsprechende politische Einheit. Diese grundsätzliche Erkenntnis erfordert nunmehr von den Deutschen Entschlüsse. Wir können nicht mehr warten auf das, was auf uns zukommt. In wichtigen Kreisen des Westens gewinnt ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit eine gemeinschaftliche Auffassung Boden: Zur Rettung Deutschlands ist es unumgänglich, daß die Deutschen sich rühren, daß sie größere Freiheiten und Vollmachten fordern und erhalten, daß die Deutschen des Westens sich stark machen, während der Trennung von Ost und West als die Treuhänder von ganz Deutschland aufzutreten.“¹⁴³

Auf der Niederwalder Tagung der westdeutschen Ministerpräsidenten hat Reinhold Maier am 21. Juli 1948 den Zeitpunkt für den einsetzenden Meinungsumschwung mit Januar 1948 angegeben¹⁴⁴. Das dürfte auch für Heuss der Beginn der Neuorientierung gewesen sein. Irgendwann in den Wochen nach der gescheiterten Tagung der DPD vom 18. Januar 1948 wird er sich auf den Weststaat eingestellt haben. Das erwähnte Rundschreiben Nr. 2 vom 2. April 1948 weist in diese Richtung. Auch wenn Ernst Mayer sein Verfasser war, hat Heuss hier doch indirekt seine Billigung des westdeutschen Einigungsprozesses bei westalliiertem Vorgehen erkennen lassen. Auch die verfassungspolitische Skizze Mayers im Rundschreiben Nr. 3 vom 30. Juni 1948 ist selbstverständlich nicht erst nach Abschluß der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz aus heiterem Himmel gefallen, sondern, wie in jenem Rundschreiben erwähnt, in Besprechungen mit Heuss und anderen Liberalen wochentlang vorbereitet worden.

Zunächst ist der Blick jedoch ein letztes Mal auf die ersten Monate des Jahres 1948 zu richten. Statt über die aktuelle deutschlandpolitische Situation redete und schrieb Theodor Heuss damals immer wieder über die Revolution von 1848. Es lohnt sich indes, auch diese Ausführungen näher zu betrachten. So sprach Heuss die aufschlußreiche Überlegung aus, gerade der Verlauf jener gescheiterten Revolution zeige, wie sehr das deutsche Schicksal in den europäischen Machtkampf eingebunden sei¹⁴⁵. An anderer Stelle beschwor er die „desillusionierende Lehre“, daß zwar die Ideologien seit der Mitte des 19. Jahrhunderts „neue Kostüme“ angezogen hätten, aber die Probleme der konkreten Macht „in der Tiefe geblieben“ seien; dem fügte er die beson-

Vgl. ferner Blüchers Rede „Stunden der Entscheidung“ in Essen am 9. 5. 1948 (BA, NL Blücher 156). Bei Rütten, S. 58 f., werden diese Texte nicht herangezogen, doch sind sie für die Entwicklung der Blücherschen Ideen zur Deutschlandpolitik im Jahre 1948 von großer Wichtigkeit.

¹⁴³ Reinhold Maier an Frau Grüniger, Pressedienst, Stuttgart, am 4. 5. 1947, in: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, NL Reinhold Maier (Q 1/8) Bd. 348. Die Kernaussage dieses Briefes findet sich auch in der Zusammenfassung einer Maier-Rede auf einer Großkundgebung der DVP in Heidelberg, in: Der Demokrat, Nr. 9 vom Mai 1948 (3. Jg.). Maier hat also die Aufforderung zu westdeutscher Aktivität seinem Parteivolk nicht vorenthalten.

¹⁴⁴ In: Der Parlamentarische Rat, Bd. 1, S. 196.

¹⁴⁵ Heuss, „Völkerfrühling. Europa im Jahre 1848“, in: RNZ v. 6. 3. 1948.

ders charakteristische und offenkundig auf die Realitäten von 1948 weisende Mahnung hinzu, gerade 1848 warne „vor dem Weg in das Illusionistische“¹⁴⁶. Offensichtlich diene ihm das einer breiteren Öffentlichkeit vorgeführte Beispiel der Revolution von 1848 vor allem dazu, die Einsicht in die enge Begrenztheit der eigenen Handlungsmöglichkeiten sichtbar werden zu lassen.

Im August 1948 konstatierte er aber, als er die Frage einer Neufestsetzung der Ländergrenzen innerhalb Westdeutschland erörterte, wie sie durch die Londoner Empfehlungen angeregt worden war, daß die eigene Generation „vor einem neuen Start“ stehe. Seinem historischen Sinn entsprach die Zwischenbemerkung, ein Abschütteln der Vergangenheiten sei nicht zulässig, denn das würde zur seelischen Verarmung führen. Andererseits zog er den Schluß, man dürfe „bei der völligen Verkehrung des deutschen und europäischen Machtgefüges“ auch nicht „der Gefangene des Gewesenen“ bleiben¹⁴⁷. Mit dem „neuen Start“ vom Sommer 1948 war für Theodor Heuss in der Tat eine neue Phase deutschlandpolitischen Denkens und Handelns gekommen.

Mit den Empfehlungen der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz endete Theodor Heuss' deutschlandpolitische Sendepause. War bislang nicht abzusehen gewesen, welcher Weg in die deutsche Zukunft sich aus dem von Heuss offensichtlich in hohem Maße als willkürlich erfahrenen „Mächtenspiel“ der Sieger ergeben würde, so zeichnete sich jetzt eine Bahn ab, die er ohne weiteres Zögern zu betreten bereit war. Im Stuttgarter DPD-Rundschreiben Nr. 3 vom 20. Juni 1948 hieß es dazu eindeutig: „Wir müssen den Mut haben, den Weg in die Freiheit zu gehen, der uns bleibt, und das ist der Weg des zähen Ringens Schritt um Schritt.“¹⁴⁸ Der erste Schritt, die Weststaatsbildung, stand unmittelbar bevor, und der Kommentar jenes wiederum von Heuss und Mayer gezeichneten Rundschreibens lautete auch dazu positiv: „Jeder Schritt, der uns der Vereinigung näher bringt, ist zu begrüßen.“¹⁴⁹ Es ist nicht angängig, auch diese Sätze allein als Formulierungen Ernst Mayers zu sehen und Heuss' intellektuelle Urheberschaft zu bezweifeln. Denn auch Heuss selbst drückte sich damals ähnlich aus. In einer Rundfunkrede zur Föderalismusfrage stellte er z. B. am 15. Juli 1948 fest: „Jeder Schritt, deutsche Dinge in eine einheitliche Behandlung zu führen, ist ein Gewinn.“¹⁵⁰

¹⁴⁶ Heuss, „Das Erbe von 1848“, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft „Demokratisches Deutschland“, Basel, vom 2. 3. 1948, und in: Schwäbische Post vom 19. 5. 1948.

¹⁴⁷ Heuss, „Stilles Tauziehen um die Rheinpfalz“, in: RNZ v. 20. 8. 1948.

¹⁴⁸ Rundschreiben Nr. 3 der DPD vom 20. Juni 1948, in: FNSt-ADL 67; vollständig abgedruckt in: Ingrid Wurtzbacher-Rundholz, Verfassungsgeschichte und Kulturpolitik bei Dr. Theodor Heuss bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch den Parlamentarischen Rat 1948/49 – mit Dokumentenanhang, Frankfurt 1981, S. 204–212.

¹⁴⁹ Ebenda.

¹⁵⁰ Heuss, „Zur Frage des Föderalismus“, Manuskript vom 15. 7. 1948 (BA, NL Heuss 1). Wie wenig gesichert Heuss die Entwicklung selbst noch im Juli 1948 erschien, läßt sein Satz erkennen: „... man weiß ja nie, ob Unklarheiten in der Interpretation bei den Besatzungsmächten uns selber wieder dazu zwingen, in der Bewertung der Situation eine taktische Wendung vorzunehmen.“ Dies schrieb Heuss wenige Tage nach der noch zu behandelnden informellen Frankfurter Konferenz der westdeutschen Liberalen vom 28. 6. 1948 am 2. 7. 1948 an Dr. Glaesser, Zürich (BA, NL Heuss 56).

In der „tragischen Situation“ zu verharren, „in der Deutschland heute durch den Gegensatz zwischen Rußland und den Westmächten steht“, kam ihm nicht in den Sinn¹⁵¹. Triebfeder zur Eile war für ihn allerdings nicht die internationale Situation, etwa die Furcht, Rußland könnte seinen Einfluß eventuell doch auf ganz Deutschland ausweiten, sondern die Furcht vor der politischen, vor allem der verwaltungsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Desintegration Westdeutschlands. Sicherlich wollte er das „unselige Verhältnis zur Ostzone“ nicht „verhärtet“ wissen¹⁵². Doch wenn er, so in einer bisher nicht beachteten Rede im württemberg-badischen Landtag vom 7. Juli 1948, sagte: „Wir sind mitten drin im Auseinanderleben der Nation“¹⁵³, so hatte er dabei jetzt vor allem Westdeutschland im Auge. Demgegenüber durfte man im „sozialen Gefüge“ und im „Wirtschaftsgefüge Deutschlands“ – auch hier war nur noch Westdeutschland gemeint – nicht „noch mehr Gefälle von Land zu Land“ entstehen lassen, möglicherweise noch „verfassungsmäßig gesichert“; ferner galt es ein Auseinanderlaufen der Rechtspraxis durch die Wiedererrichtung einer Art von Reichsgericht zumindest im Westen Deutschlands zu verhindern¹⁵⁴. Hier kam vor allem – auch wenn die nationalpolitische Orientierung von Heuss nach wie vor grundsätzlich gesamtdeutsch blieb¹⁵⁵ – liberale Ablehnung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Experimente in einzelnen Ländern Westdeutschlands zum Ausdruck, die er seit 1945 mit aufmerksamer Besorgnis verfolgt hatte. So konnte auch die Sorge vor einzelstaatlicher Sozialisierungspolitik zum Ansporn des Einheitswillens werden¹⁵⁶.

Wenn der Attentismus, den Heuss in der Deutschlandfrage bis zur ersten Hälfte des Jahres 1948 an den Tag legte, bei oberflächlichem Hinsehen vielleicht den Eindruck einer inneren Passivität erweckt, fast den eines rat- und hilflosen Abwartens der Entscheidungen der Siegermächte, so hatte sich doch schon in der Diskussion der inneren Entwicklung Württemberg-Badens längst gezeigt, daß er kein Mann der passiven Unterwürfigkeit war¹⁵⁷. Er wußte aber, wie gering der eigene Spielraum war und daß man jedenfalls mit einer Resolution der DPD die Weltpolitik nicht beeinflussen konnte¹⁵⁸. Auch im Sommer 1948 warnte er vor „raschen Illusionen“, nämlich vor der Ansicht, man könne die westlichen Staaten auseinandermanövrieren¹⁵⁹. Zugleich aber zeigte er ein hohes Maß an selbstbewußtem demokratischem Gestaltungswillen gera-

¹⁵¹ Heuss, „Zur Frage des Föderalismus“.

¹⁵² Heuss, „Die drei Dokumente“, in: *Das neue Vaterland*, Nr. 13. vom Juli 1948 (3. Jg.); vgl. auch ders., „Föderalismus“, in: *RNZ* vom 1.7. 1948.

¹⁵³ Rede im Württemberg-Badischen Landtag, 77. Sitzung vom 7.7. 1948, in: *Verhandlungen des Württemberg-Badischen Landtags*, S. 1868.

¹⁵⁴ Ebenda.

¹⁵⁵ Zur sowjetischen Besatzungszone sagte er in dieser Rede, daß „wir jetzt leider noch ohne den Zusammenhang mit der Ostzone sind“ (ebenda), damit eine vage Vorläufigkeit der Trennung suggerierend, aber sicher keine Separation auf Dauer.

¹⁵⁶ Vgl. meinen in Anm. 64 genannten Gummersbacher Festvortrag vom 31. 1. 1984.

¹⁵⁷ Vgl. z. B. Heuss' Landtagsrede vom 16. 10. 1947, in: *Verhandlungen des Württemberg-Badischen Landtags*, S. 1178.

¹⁵⁸ So Heuss bei der DPD-Sitzung vom 18. 1. 1948, in: *Grundmann*, S. 104.

¹⁵⁹ Heuss, „Die drei Dokumente“.

de dort, wo es um eine Kernfrage der damaligen Situation ging, d. h. in der Frage des Besatzungsstatuts¹⁶⁰. In seinen Augen war es ein „fast unwürdiges, auf jeden Fall kümmerliches und sehr, sehr unfreies Unterfangen“, bei der Formulierung eines jeden Paragraphen der zu schaffenden Verfassungsordnung aufpassen zu müssen, ob da nicht eine Bestimmung des Besatzungsstatuts verletzt würde¹⁶¹. Im Stuttgarter Landtag sprach er gar von einem „verächtlichen Auftrag“¹⁶². Statt also unbedingt erst ein Besatzungsstatut zu verlangen, wie dies vor allem die SPD tat, insbesondere Carlo Schmid¹⁶³, propagierte Heuss das Wagnis einer „Politik des ‚Als ob ...‘“¹⁶⁴. Sei „ein deutsches Grundgesetz nach der Philosophie oder Politik des ‚Als ob‘“ entworfen, mochten die alliierten Mächte entscheiden¹⁶⁵. Schließlich habe man „die Schlußentscheidung den anderen nicht von vornherein abzunehmen“¹⁶⁶. Heuss wäre nicht Heuss gewesen, wenn er nicht auch hier vor Illusionen gewarnt und für ein „realistisches Spürgefühl“ plädiert hätte¹⁶⁷. In diesem Sinne sagte er im Stuttgarter Landtag:

„Ich will kein großes Pathos für diese Aufgabe, aber ich will eine innerlich saubere Atmosphäre und will dann den Militärgouverneuren die Verantwortung geben. Ich will ihnen gar nichts Provozierendes hingestellt haben, aber etwas, was sich sehen läßt und was ihre Intentionen, soweit sie aus diesen drei Schriftstücken festzustellen sind, ausschöpft.“¹⁶⁸

Allerdings war Heuss keineswegs mit allen Einzelheiten der Londoner Empfehlungen ohne weiteres einverstanden. Auch er meinte, daß „das, was uns jetzt so in loser und unscharfer Form als der mögliche Inhalt eines Besatzungsstatuts vorgelegt wurde“, „nicht bloß enttäuschen“, sondern auch „erschrecken“ müsse. Die Enttäuschung galt vor allem den angekündigten Kontrollen der künftigen deutschen Außenhandelspolitik¹⁶⁹. Auch hielt er es für „unmöglich, heute zu wählen“, wie das die Westmächte wünschten, und zwar nicht nur wegen der bevorstehenden Ernte und wegen der Kürze der Zeit, sondern auch aus Sorge um die Legitimierung der beabsichtigten Verfassungsschöpfung. Angesichts der schweren wirtschaftlichen Belastung so kurz nach der Währungsreform sei den meisten „die Frage der Zuständigkeit von irgendeiner gewählten Gesellschaft so wurscht wie nur irgendetwas“. Ferner befürchtete er eine Zuspitzung der parteipolitischen Gegensätze, und schließlich wünschte er – ein sehr wichtiger Gesichtspunkt unter den Umständen der westdeutschen Staatsbildung – für das „Gremium“ „gar nicht dieses Maß von Autorisation“, sollte es doch auch nach

¹⁶⁰ Vgl. dazu u. a. Wagner, „Einleitung“, S. LXIX ff.

¹⁶¹ Heuss, „Die drei Dokumente“.

¹⁶² Rede vom 7.7. 1948, S. 1867.

¹⁶³ Vgl. dazu u. a. Wagner, „Einleitung“, S. XXXIII f.

¹⁶⁴ Heuss, „Die drei Dokumente“.

¹⁶⁵ Rede vom 7.7. 1948, S. 1867.

¹⁶⁶ Heuss, „Die drei Dokumente“.

¹⁶⁷ Ebenda.

¹⁶⁸ Rede vom 7.7. 1948, S. 1867.

¹⁶⁹ Ebenda, S. 1866 f.

seiner Auffassung „nichts Fertiges, sondern nur ein Zwischenstück machen wollen“¹⁷⁰. Daneben empfand er die Zahl von 55 Vertretern als „ein bißchen wenig“¹⁷¹.

Die Annahme der Londoner Empfehlungen war in Westdeutschland alles andere als populär¹⁷². Auch unter dem Einfluß einzelner Führer von CDU/CSU und SPD wie Ollenhauer neigten die westdeutschen Ministerpräsidenten in Koblenz zunächst zur Abschwächung, ja zur Ablehnung der in den Frankfurter Dokumenten formulierten Vorschläge für eine westdeutsche Staatsbildung¹⁷³. Heuss hatte es allerdings abgelehnt, als Parteiführer und durch persönliche Anwesenheit direkten Einfluß auf den Gang der Koblenzer Verhandlungen der Ministerpräsidenten zu nehmen. Für diese unter den westdeutschen Liberalen keineswegs unumstrittene Entscheidung¹⁷⁴ lassen sich die Gründe leider nur vermuten, da Aussagen von Heuss selbst fehlen. Wie bei der Ablehnung der gesamtdeutschen Vertretung der Parteien im Jahre 1947 mochte auch hier Heuss' eher altliberales Parteienverständnis eine Rolle spielen, in dem Parteiführer ohne Staatsamt nicht zu politischem Handeln im Namen der Gesamtheit legitimiert erschienen. Auch kannte Heuss die Differenzen zwischen den Liberalen der verschiedenen westdeutschen Zonen, von denen noch zu sprechen sein wird, und die einen gemeinsamen Standpunkt nicht ohne weiteres erlaubten. Er vertraute Reinhold Maier, und er lehnte es hier wie auch sonst ab, sich in den Vordergrund zu drängen¹⁷⁵. Jedenfalls nahmen die westdeutschen Liberalen unter der vorläufigen Leitung von Heuss, aber unter Zustimmung Blüchers¹⁷⁶, im Sommer 1948 keinen Anteil an dem Ringen um die Verteilung der politischen Gewichte in Deutschland¹⁷⁷ und erhoben keinen Anspruch auf ein entscheidendes Mitspracherecht der Parteien bei der politischen Zukunftsgestaltung Westdeutschlands¹⁷⁸. Wenn die These richtig ist, daß CDU

¹⁷⁰ Ebenda, S. 1868.

¹⁷¹ Ebenda.

¹⁷² Vgl. dazu u. a. Wagner, „Einleitung“, S. XX ff.; Theodor Eschenburg und Wolfgang Benz, „Der Weg zum Grundgesetz“, in: Th. Eschenburg, Jahre der Besetzung 1945–1949 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 1), Stuttgart 1983, S. 459 ff.

¹⁷³ Vgl. die Dokumente in: Der Parlamentarische Rat Bd. 1.

¹⁷⁴ Vgl. den Brief des Vorsitzenden der FDP Hamburg, Willy Max Rademacher, an Blücher v. 10. 7. 1948 und die Antwortbriefe Hermann Schäfers an Rademacher v. 13. 7. 1948 und Blüchers an Rademacher v. 16. 7. 1948, alle in: FNSSt-ADL 5.

¹⁷⁵ Vgl. auch „Dr. Heuss zu Koblenz“, in: Das neue Vaterland, Nr. 13 v. Juli 1948, und den Ernst Mayer-Artikel in derselben Nummer mit dem Titel „Demokratie oder Parteiführerschaft?“. Siehe auch Anm. 43 bei Hein, Kap. V, 5. Abschnitt.

¹⁷⁶ Blücher schrieb in seinem in Anm. 174 genannten Schreiben an Rademacher v. 16. 7. 1948: „Auf der Tagung in Koblenz selbst hatten wir nichts zu suchen. Erstens schadet ein allzu geschäftiges Vordringen in solchen Dingen immer – das Echo auf die Teilnahme Adenauers und Ollenhauers bestätigt das – und zweitens bin ich der Meinung, daß wir uns ganz bewußt fernhalten mußten, gerade um die volle Handlungsfreiheit zu wahren.“

¹⁷⁷ Vgl. dazu Wagner, „Einleitung“, S. XXXII.

¹⁷⁸ So schrieb Schäfer an Rademacher (Anm. 174), er sei der Meinung, „daß Heuss gut daran getan hat, nicht zu den Koblenzer Besprechungen zu fahren, sondern es dem Ministerpräsidenten Mayer (sic) überlassen hat, aufgrund der Frankfurter Vereinbarungen die Haltung der liberalen Parteien zum Ausdruck zu bringen. Dieses Hineinregieren in wichtige Entscheidungen durch Parteivorsitzende bedeutet ein bedenkliches Zerrbild der Demokratie.“ Er schloß seinen Brief nach weiteren

und SPD – nicht *die* Parteien – in Koblenz den Bogen der deutschen Forderungen offensichtlich überspannt hatten¹⁷⁹, wofür vieles spricht, dann ist die von Heuss und Blücher geübte Abstinenz der Liberalen gar keine so schlechte Position gewesen. Vor allem aber wurde Heuss' sachliche Reaktion auf die Londoner Empfehlungen durch den Gang der Ereignisse in hohem Maße gerechtfertigt.

Heuss kannte die Popularität einer Ablehnung der Londoner Empfehlungen und trat ihr energisch entgegen. So geißelte er im Stuttgarter Landtag die „Gefahr, heute wieder einen billigen Stahlhelm-Nationalismus“ zu bekommen, und er sagte ironisch, daß man diesen nicht nötig habe, da die KPD „ja so liebenswürdig“ sei, „etwas Traditionskompagnie des billigen Stahlhelm-Nationalismus geworden zu sein“¹⁸⁰. Im Rundschreiben vom 20. Juni stellte Mayer fest, ihn und Heuss könne der Inhalt der Londoner Empfehlungen nicht „zu einer Beteiligung an dem da und dort entfachten pathetischen Negativismus veranlassen“; man laufe Gefahr, von sich aus „eine neue Ära der Harzburger Front mit einzuleiten“. Zu einer Reaktion, wie sie der von ihnen allerdings nicht erwähnte Adenauer zeitweilig zeigte¹⁸¹, sahen beide keinen Anlaß. Ihnen erschien es „verfehlt und gefährlich“, sich auf den Weg des grundsätzlichen Protestes gegen London zu begeben¹⁸². Damit wandten sie sich offensichtlich auch gegen parteiinterne Kritiker. Ob ihnen die ersten Stellungnahmen Franz Blüchers bereits vorlagen – die erste versandte er am 4. Juni 1948, also noch vor der offiziellen Freigabe des Abschlußkommunikés, die zweite am 10. Juni¹⁸³ –, ist nicht mit Sicherheit zu sagen, da sie darauf nicht direkt Bezug nahmen. Doch ist es zu vermuten.

Im Vergleich mit den Äußerungen Blüchers – die übrigens keineswegs den Rang einer für die westdeutschen Liberalen insgesamt gültigen Stellungnahme hatten, wie dies anscheinend gelegentlich angenommen wird¹⁸⁴ –, weist Heuss' und Mayers Rundschreiben fraglos größeren Realismus auf. Das galt ebenso für die Behandlung der Ruhrfrage wie für die verfassungstheoretische Erörterung, wo Blücher sich in langen Spekulationen über eine Beteiligung ostzonaler Vertreter in dem verfassungsberatenden Gremium erging. War Blüchers Position aber so weit von der Haltung der

Ausführungen gleicher Art mit der Bemerkung, daß die Liberalen den Eindruck vermieden hätten, „als wären die parlamentarischen Minister nur die ausführenden Organe von „Führern“, rechne er Heuss und Blücher hoch an. Nach dem Brief Schäfers, noch vor dem Eingang der Ausführungen Blüchers, entschuldigte sich Rademacher bereits in einem Schreiben an Blücher v. 15. 7. 1948 für seine Kritik (FNSt-ADL 5).

¹⁷⁹ So Wagner, „Einleitung“, S. LIII.

¹⁸⁰ Rede vom 7. 7. 1948, S. 1867.

¹⁸¹ Vgl. Wagner, „Einleitung“, S. XXI.

¹⁸² Rundschreiben Nr. 3 (Anm. 148).

¹⁸³ Blücher, „Zum Abschluß der Deutschland-Konferenz in London“, Rundschreiben vom 4. 6. 1948, in: FNSt-ADL 5; ders., „Ergebnisse der Londoner Konferenz“, Rundschreiben vom 10. 6. 1948, in: BA, NL Heuss 407. Vgl. auch „Stellungnahme von Franz Blücher zum Londoner Schlußbericht“ vom 13. 6. 1948, in: FNSt-ADL 5 (am 14. 6. durchgegeben an „Die Welt“).

¹⁸⁴ Wagner, „Einleitung“, zitiert wiederholt aus Blüchers Rundschreiben vom 10. 6. 1948, ohne die begrenzte Bedeutung dieses Textes zu erwähnen.

Gesamtpartei entfernt, wie Rütten meint¹⁸⁵? Nur weil Blücher noch einmal einen „Weststaat“ ablehnte¹⁸⁶? Das besagte an sich nicht viel. Eher unterschied Blücher sich durch die Emotionalität und die nationale Beengtheit seiner Reaktion¹⁸⁷. Offensichtlich wollte er beides, Westintegration und Einheit, ohne daß er zu einer klaren Option zu finden vermochte¹⁸⁸. Bezeichnenderweise reagierte er dann auch recht unsachlich, als ihn Parteifreunde behutsam auf Schwächen seiner Argumentation aufmerksam machten¹⁸⁹. Sicher geht es zu weit, wenn Hein von Blüchers Haltung konstatiert, sie habe mit der Reaktion der Mehrheit der westdeutschen Liberalen übereingestimmt¹⁹⁰. Die Kritik, die nicht unwichtige nordwestdeutsche Liberale an Blücher übten¹⁹¹,

¹⁸⁵ Rütten, S. 64.

¹⁸⁶ Blücher sagte sogar: „Wir möchten ... in unserer Sprache das Wort vom ‚Westdeutschen Staat‘ möglichst untergehen sehen!“ In: Franz Blücher, Gebt Deutschland Sicherheit! Rede auf dem Landesparteitag der FDP in Oldenburg 1948 (gehalten am 13. 6. 1948), o. O. o. J., S. 6.

¹⁸⁷ So nannte er in derselben Rede das Londoner Kommuniqué den „fürchterlichen Schlußbericht“, beschwor er die „Wiederauferstehung Deutschlands“ und die Auferstehung des „glorreichen Namens ‚Deutsches Reich‘“; er behauptete sogar, das Land, „das heute ein Anrecht hat, den Schrei nach Sicherheit auszustoßen“, sei „nicht Frankreich, sondern Deutschland“ (ebenda, S. 6, 9, 21, 23).

¹⁸⁸ So führte er noch am 6. 8. 1948 bei der Zonenvorstandssitzung der FDP der britischen Zone aus (BA, NL Blücher 230):

„Wir müssen den Weststaat, wie er uns durch die Westmächte aufoktroiyert werden soll, aus drei Gründen ablehnen:

1. Grundsätzliche Erwägungen: Der Weststaat wird keine vollinhaltliche Souveränität besitzen. Wir können aber nach der Abnutzung des Begriffes Demokratie nicht noch den Begriff des Staates lächerlich machen.
2. Außenpolitische Erwägungen: Deutschland als Land der Mitte kann keine einseitige Blockpolitik mitmachen. Wir müssen uns auch parteitaktisch die Möglichkeit des Brückenschlages nach dem Osten erhalten.
3. Menschliche Erwägungen: Die Ostzone und Berlin dürfen von uns nicht im Stich gelassen werden.

Als Folgerung daraus ergibt sich, daß wir zwar mit allen Kräften für eine bessere Verwaltung arbeiten und im schrittweisen Vorgehen ein gesamtes Deutschland erreichen müssen, aber nicht einen Staat fordern dürfen. Wir machen mit, aber die Verantwortung kann nicht von uns getragen werden, da man uns diese auch sonst vorenthält.“

¹⁸⁹ Vgl. den in diesem Zusammenhang hochinteressanten Briefwechsel zwischen Oscar Funcke und Blücher (Funcke an Blücher am 12. 7. 1948; Blücher an Funcke am 17. 7. 1948; Funcke an Blücher am 19. 7. 1948, alle in: FNSt-ADL 5, teilweise wiedergegeben bei Rütten, S. 67 f.). Vgl. auch den Briefwechsel Schwennicke-Blücher (Schwennicke an Blücher am 19. 8. 1948; Blücher an Schwennicke am 31. 8. 1948, beide Privatbesitz Dr. Schwennicke). In seinem Brief vom 31. 8. 1948 schrieb Blücher, daß sein Verhalten in der Frage des „Weststaates“ immer durch die Rücksichtnahme auf Berlin und „die zum Schweigen verurteilte Ostzone“ bestimmt werde. Solche Äußerungen können aber nicht über die seit 1947 bestehende Bereitschaft zur Mitarbeit an der Intensivierung der Westintegration hinwegtäuschen.

¹⁹⁰ Hein, Kap. V, 5. Abschnitt.

¹⁹¹ Hier ist neben Oscar Funcke vor allem auf Hermann Schäfer zu weisen, der Blücher in einem langen Schreiben vom 24. 6. 1948 scharf kritisierte. In seinem Brief hieß es u. a.: „Nur wer in Deutschland gebannt auf die Nöte und Notwendigkeiten des eigenen Volkes startete, ohne die verwickelte weltpolitische Wirklichkeit des Nachkrieges zu beachten, konnte von den Londoner Empfehlun-

spricht ebenso dagegen wie das deutlich positivere Urteil von Heuss und Mayer über die Londoner Ergebnisse. Man mag in Blücher bei einigem Wohlwollen¹⁹² „eine Art letztes Aufbäumen gegen die nun nicht nur endgültig drohende, sondern auch selber zu vollziehende Teilung Deutschlands“ sehen, doch läßt sich wohl kaum leugnen, daß bei Heuss ein weitaus höheres Maß an politischer Einsicht und Urteilsfähigkeit anzutreffen ist als bei dem in der politischen Arena ja auch noch recht unerfahrenen Neuliberalen Franz Blücher¹⁹³.

Trotz aller Unterschiede in der Reaktion auf die Londoner Beschlüsse und trotz differierender Grundanschauungen in der Frage von Einheitsstaat oder Bundesstaat¹⁹⁴ konnten sich die westdeutschen Liberalen, als sich etliche führende Parteivertreter aus den drei westlichen Zonen am 28. Juni 1948 in Frankfurt trafen, „sachlich zu ziemlich übereinstimmenden Auffassungen“¹⁹⁵ durchringen, wie Heuss meinte. Allerdings hat das knappe Beschlußprotokoll¹⁹⁶ die Differenzen mehr verkleistert und lediglich den „Minimalkonsens“ der westdeutschen Liberalen formuliert¹⁹⁷. Nicht ohne Grund spricht Hein hier von „bloßen Formelkompromissen“¹⁹⁸.

Was indessen die liberalen Parteiführer der westlichen Zonen- und Länderverbände – einschließlich Blüchers – sehr wohl einte, war der Wille zur Neustrukturierung Westdeutschlands. Einig war man sich auch darin, daß das zu errichtende westdeutsche Gebilde keine „Verfassung“ erhalten dürfe, sondern eine Rechtsordnung, die sich „wesentlich auf den Gewaltaufbau allein beziehen“ sollte¹⁹⁹. Aus diesem Grunde wollte Blücher nur von einer „westlichen Verwaltung“ sprechen, nicht aber von einem „Weststaat“, dessen Schaffung die Errichtung eines ostdeutschen Staates zur Folge haben würde²⁰⁰. Der Vorwurf Rüttens, die FDP-Fraktion im Parlamentarischen Rat habe dann das Problem der „Staatlichkeit“ zu keinem Zeitpunkt analy-

gen wirklich überrascht sein.“ Die „giftigen Erklärungen“ Adenauers erklärte er für „maßlos dumm“ und konstatierte: „Nach dem ersten Sturm der Abwehr und Entrüstung muß man allmählich sich doch auch an die Unvermeidlichkeit gewöhnen, im Rahmen der Londoner Empfehlungen eine trizonale Staatsentwicklung zu beginnen“ (FNSt-ADL 5).

¹⁹² Hein, Kap. V, 5. Abschnitt.

¹⁹³ Für eine biographische Skizze vgl. Rütten, S. 45 ff. Doch fand Blüchers Haltung auch ihre Befürworter. Erika Müller-Hitzler, die Vorsitzende des Landesfrauenausschusses der FDP Bayern, stellte sich in einem Brief vom 24. 6. 1948 hinter Blücher und verwarf „die ganz große Geste eines Heus (sic), die weit in die Zukunft reicht“ (FNSt-ADL 5).

¹⁹⁴ Vgl. hierzu Hein, Kap. V, 5. Abschnitt.

¹⁹⁵ Heuss an Dr. Glaesser, Zürich, am 2. 7. 1948 (BA, NL Heuss 56).

¹⁹⁶ Informelle Konferenz der Demokratischen Partei Deutschlands in Frankfurt a. M., 28. 6. 1948, in: BA, NL Heuss 407. Auch enthalten im Text des Rundschreibens Nr. 4 der DPD vom 5. 7. 1948 (FNSt-ADL 67).

¹⁹⁷ Eschenburg/Benz, „Der Weg zum Grundgesetz“, S. 478.

¹⁹⁸ Hein, Kap. V, 5. Abschnitt.

¹⁹⁹ Siehe Anm. 196.

²⁰⁰ Rundschreiben Franz Blüchers vom 3. 7. 1948 an alle Bezirks- und Kreisverbände der nordrhein-westfälischen FDP mit einer „Stellungnahme zu den Frankfurter Dokumenten“ vom 2. 7. 1948; Brief Blücher an Funcke vom 17. 7. 1948 (FNSt-ADL 5; beide auch z. T. zitiert bei Rütten, S. 65 und 67 f.).

siert²⁰¹, stimmt insofern nicht, als Heuss, der spätere Vorsitzende dieser FDP-Fraktion, bereits im Sommer 1948 seine Auffassungen zur Staatlichkeit prägnant zum Ausdruck gebracht und auch im Herbst, während der Tätigkeit des Parlamentarischen Rates, gründlich darüber nachgedacht hat.

Heuss sprach zwar nicht von einem „Weststaat“, immerhin aber schon im Juli 1948 von dem „kommenden deutschen Bundesstaat“²⁰². Dessen Grundordnung mochte man als „Zwischenspiel“ oder als „Provisorium“ betrachten – auch er ging ja von der Vorläufigkeit des zu schaffenden Gebildes aus²⁰³ –, doch mußte man sich nach seiner Meinung „mit vollem Ernst darum bemühen, etwas Ordentliches, Tragfähiges fertig zu bringen“²⁰⁴. Schon wegen der Handlungsfähigkeit nach innen und außen! Darüber hinaus genügte die bloße Improvisation Heuss deshalb nicht, weil er dem verfassungsberatenden Gremium den Auftrag gestellt sah, „für eine kommende deutsche Gesamtsituation die Elemente der Entwicklung zu zeugen“²⁰⁵. Ein solches Verständnis lag sowohl den ersten verfassungstheoretischen Überlegungen von Heuss und Mayer in dem mehrfach erwähnten Rundschreiben vom 20. Juni 1948 zugrunde wie Heuss' späterer Arbeit im Parlamentarischen Rat. In seiner ersten großen Rede in diesem Gremium forderte er am 9. September 1948, „strukturell schon etwas Stabileres“ zu schaffen. Das Wort „provisorisch“ wurde nach seiner Ansicht ein wenig zu oft ausgesprochen; er wollte es auf den geographischen Sinn begrenzen²⁰⁶. Auch im Oktober 1948 hat er noch einmal ausführlich über das „Vorläufige“, das „Provisorische“ reflektiert und dem von Carlo Schmid verwendeten Begriff „Staatsfragment“ mit guten Gründen entgegengehalten, daß „etwas zum mindesten Staatsähnliches“ bei der Arbeit des Parlamentarischen Rates herauskommen müsse²⁰⁷. Seine Bemerkungen verrieten nicht nur Engagement für die Handlungsfähigkeit und die Dauer westdeutscher Verfassungsinstitute, sondern auch das Bewußtsein, daß mit dem ständigen Gerede über das „Provisorische“ der offensichtlich von ihm hochgeschätzten „Integrationskraft dieses Grundgesetzes im Bewußtsein des deutschen Volkes“ nur geschadet werde²⁰⁸.

²⁰¹ Rütten, S. 66.

²⁰² Heuss, „Zur Frage des Föderalismus“ (wie Anm. 150).

²⁰³ Zum Zeitpunkt der Eröffnung des Parlamentarischen Rates kommentierte Heuss nüchtern, es werde „noch manche Haltestätten mit Reparaturwerkstätten und Wechsel des Dienstpersonals“ in der deutschen Geschichte geben („Bonn“, in: RNZ v. 1. 9. 1948).

²⁰⁴ Siehe Anm. 202. In gleicher Weise hatten sich auch die Liberalen auf ihrer informellen Konferenz in Frankfurt vom Juni 1948 dafür ausgesprochen, daß die „Verfassung“ genügend an „innerer Festigkeit bei aller Betonung des Provisorischen“ haben müsse, „um einer kommenden deutschen Regierung auch für die Auseinandersetzung mit den Westmächten ein genügendes Maß an demokratisch fundierter und rechtlich gebundener Autorität zu verleihen“ (siehe Anm. 196).

²⁰⁵ Heuss, Rede vom 7. 7. 1948, S. 1868.

²⁰⁶ Parlamentarischer Rat. Stenogr. Bericht, Bonn 1948/49, Bd. 1, S. 41; auch in: Theodor Heuss. Politiker und Publizist, S. 353.

²⁰⁷ Heuss, „Über das Vorläufige ...“, in: Christ und Welt v. 16. 10. 1948. Zu Carlo Schmid's Provisoriumsdein vgl. auch Schwarz, S. 574 ff., und Eschenburg/Benz, „Der Weg zum Grundgesetz“, S. 463 f.

²⁰⁸ Heuss im Parlamentarischen Rat am 20. 10. 1948, S. 75.

Dabei verhehlte er sich nicht das tiefe Dilemma, in dem man sich bei der Arbeit am Grundgesetz befand. Auch er dachte nicht daran, einen „westdeutschen Staat“ zu begründen, durch den die „Zäsur zur Ostzone“ vertieft würde, glaubte aber doch sagen zu müssen:

„Es gibt heute schon genug zu retten oder neu zu festigen in dem Westbereich des deutschen Siedlungsbodens, was nicht nur für diesen Raum, sondern für ganz Deutschland wichtig und in der Bedeutung exemplarisch ist.“²⁰⁹

Auch für ihn hatte also die westdeutsche Staatsbildung eine über Westdeutschland hinausweisende Funktion, aber nicht als Magnet und auch nicht als Bollwerk, sondern als Exemplum.

Wenn aber kein auf Dauer angelegter Weststaat mit eigener Identität und abgesetzt von einer gesamtdeutschen Staatsidee, was dann? Heuss zielte auf einen westdeutschen „Stellvertreterstaat“, der geographisch und volkspolitisch, wie er sich ausdrückte, nur eine „Teillösung“ darstellte²¹⁰. Gerade diese Sinnggebung schien ihm keine provisorischen Inhalte zuzulassen, da die Betonung des Provisorischen eine Gefahr für die Ernsthaftigkeit im Durchdenken der verfassungsstrukturellen Probleme heraufbeschwören mußte. Als Heuss später vom „Transitorium“ sprach, gab er wiederum zu verstehen, daß es einerseits um die Lösung für einen Zwischenzustand gehe, diesem aber andererseits doch seine Würde zukomme²¹¹.

Es war Heuss, der die Idee der „Stellvertreterschaft“ dem Grundsatzausschuß des Parlamentarischen Rates nahebrachte²¹², in dem er insbesondere die Beratung der Präambel des Grundgesetzes als Schriftführer und Berichterstatter in starkem Maße geprägt hat²¹³. Der Begriff „Stellvertreterschaft“ schloß eng an den Begriff „Treuhänder“ an, den Reinhold Maier in seinem bereits zitierten Brief vom Mai 1948 gebraucht hatte²¹⁴. Auch für Heuss waren „Stellvertreterschaft“ und „Treuhänderschaft“ weitgehend identisch²¹⁵: „In einem Auftrag der Stellvertretung“ handelnd, mußten die Deutschen der westlichen und südlichen Teile Deutschlands „bewußt auch für jene denken und sprechen, denen eine Mitwirkung versagt ist“. Vor allem auch in diesem Sinne erschien ihm der Staatsname „Bundesrepublik Deutschland“ erlaubt, auf dessen Durchsetzung er einen wesentlichen Einfluß ausgeübt hatte²¹⁶.

²⁰⁹ Heuss, „Über das Vorläufige...“.

²¹⁰ Heuss, „Die Präambel“, in: RNZ v. 11. 10. 1948.

²¹¹ Heuss, „Bonn – 12. September“, Abschiedsrede vom 12. 9. 1959, in: ders., Die großen Reden, S. 306. Vgl. auch Karl Dietrich Bracher, Theodor Heuss und die Wiederbegründung der Demokratie in Deutschland, Tübingen 1965, S. 23.

²¹² Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes, bearb. v. Klaus-Berto von Doemming/Rudolf Werner Füsslein/Werner Matz, in: Jahrbuch des öffentl. Rechts der Gegenwart NF Bd. 1 (1951), S. 23.

²¹³ Vgl. Bracher, S. 21 ff.

²¹⁴ Siehe oben S. 115.

²¹⁵ Doemming/Füsslein/Matz, S. 30.

²¹⁶ Heuss, „Die Präambel“, in: RNZ v. 11. 10. 1948.

Klarer noch als die endgültige Fassung der Präambel drückte ein von Heuss vorge-schlagener erster Entwurf die spezifische deutsche Zwangslage und die gesamtdeut-sche Zielrichtung aus:

„Das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern usw. hat sich in diesem Grund-gesetz der Bundesrepublik Deutschland die verfassungsmäßige Rechtsordnung ein-es staatlichen Lebens neu geschaffen. Es ist von dem Willen erfüllt, über die von der Notlage der Zeit erzwungene Teillösung hinaus an dem unverzichtbaren Recht auf die freie Gestaltung des nationalen Gesamtlebens festzuhalten. Das Volk in den übrigen deutschen Ländern bleibt aufgefordert, den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland zu vollziehen, um in gemeinsamer Entscheidung und Verantwortung die nationale Einheit und Freiheit neu zu gründen.“²¹⁷

In einem zweiten Entwurf sprach Heuss dann zwar nicht mehr von der „erzwungen-ten Teillösung“, erwähnte aber noch einmal, daß die Vertreter des deutschen Volkes – im Parlamentarischen Rat – sich bei der Durchführung ihres Auftrages „als stellver-tretend auch für jene Deutschen empfunden“ hätten, „denen die Mitwirkung an dies-er Aufgabe versagt war“²¹⁸. In leicht veränderter Form hat dieser Gedanke auch in der endgültigen Präambel des Grundgesetzes seinen Niederschlag gefunden: Das deutsche Volk in den genannten westdeutschen Ländern habe „auch für jene Deut-schen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war“.

So wird auch verständlich, wie er mit voller Überzeugung sagen konnte, man be-ginne in Bonn nicht „den Osten abzuschreiben“²¹⁹. Den Weg zur deutschen Einheit wollte er durch die „eigenen befristeten Entscheidungen“ in Bonn auf keinen Fall ver-baut wissen, sah aber in „schmerzlicher Resignation“ keine andere Möglichkeit, als das Einheitsbewußtsein für eine bessere Zukunft zu bewahren, in der „die Welt der anderen“ begreife, „daß Deutschlands innere und einheitliche Beruhigung die Vor-aussetzung des gesamteuropäischen Lebens“ sei²²⁰. In der damaligen Situation be-gründete er seine Mitarbeit am Grundgesetz bescheidener. So schrieb er im Novem-

²¹⁷ Zitiert nach: Der Demokrat, Nr. 21, Oktober 1948; auch abgedruckt in: Entstehungsgeschichte, S. 22.

²¹⁸ In vollem Wortlaut lautete dieser Präambelentwurf:

„Das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern – und so fort – hat in diesem Grundgesetz die verfassungsmäßige Rechtsordnung seines staatlichen Lebens für die Bundesrepublik Deutschland neu geformt.

Seine berufenen Vertreter, denen beratend die Abgeordneten von Berlin zur Seite standen, sind sich bei dem Werke der von der Machtlage erzwungenen Beschränkung ihrer freien Entsch-eidung bewußt gewesen. Sie haben bei der Durchführung ihres Auftrags sich als stellvertretend auch für jene Deutschen empfunden, denen die Mitwirkung an dieser Aufgabe versagt war. Mit ihnen gemeinsam halten sie an dem unverzichtbaren Recht fest, dieser Regelung die freie Gest-altung des nationalen Gesamtlebens folgen zu lassen. Das Volk in den anderen deutschen Län-dern bleibt aufgefordert, den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland zu vollziehen und in ge-meinsamer Entscheidung und Verantwortung die nationale Einheit und Freiheit neu zu gründen“ (Parlamentarischer Rat, S. 75).

²¹⁹ Heuss an Dr. Helmut Külz am 2. 10. 1948 (BA, NL Heuss 58).

²²⁰ Heuss, „Politische Gespräche“, in: RNZ v. 26. 3. 1949.

ber 1948 an den Vorsitzenden des nordrhein-westfälischen Landesverbandes der FDP, Friedrich Middelhaue, es komme ihm darauf an, „an einer Sache mitzuarbeiten, die zunächst einmal die drohende Auseinanderentwicklung der deutschen Rechtsinstitutionen und des deutschen Gemeinbewußtseins abzubremsen in der Lage ist“²²¹.

Doch führte von hier aus ein gerader Weg zu der weiter ausgreifenden nationalpolitischen Zielsetzung, der Heuss später in der einprägsamen Formel vom „unteilbaren Deutschland“ Ausdruck verleihen sollte²²². Daß die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland vielleicht einmal Merkmale einer eigenen Nationalität entwickeln könnte²²³, war – in der Selbstverständlichkeit ihrer gesamtdeutschen Orientierung – für Heuss wie für alle anderen Liberalen 1948/49 noch unvorstellbar²²⁴.

Abschließend ist auf Heuss' Föderalismus-Konzeption einzugehen, und zwar auf ihre außenpolitischen Bezüge. Heuss sah hier einen Zusammenhang mit dem deutsch-französischen Verhältnis und eine gesamteuropäische Perspektive. Die internen Aspekte, etwa sein Eintreten für die Bildung des Südweststaates, müssen hier unbesprochen bleiben²²⁵. Nur am Rande sei erwähnt, daß er den „Einheitsstaat“, zu dessen Verfechtern er in der Weimarer Republik gehört hatte, allerdings orientiert an der Preuß'schen Formel vom „dezentralisierten Einheitsstaat“²²⁶, jetzt nicht mehr schätzte: Nach der „nationalsozialistischen Normierungs- und Gleichschaltungswut“ und angesichts des „sozialistischen Planungsgeredes, ob aus der SPD oder KPD kommend“²²⁷, hielt er nun den Zentralismus für eine „Unmöglichkeit“²²⁸.

Folgen wir Pikart, fiel Heuss die Westorientierung schwerer als Adenauer, mußte er nach 1947/48 seine außenpolitischen Vorstellungen neu orientieren. Pikart spricht sogar von einem „Sprung“ in den Bereich der Überlegungen Adenauers, als Heuss

²²¹ Heuss an Middelhaue, Opladen, am 9. 11. 1948 (BA, NL Heuss 88).

²²² Vgl. Heuss, „Bonn – 12. September“, S. 308. Zu Heuss' Aktivitäten und Stellungnahmen im Zusammenhang mit der Errichtung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“ vgl. Leo Kreuz, Das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Aufbau, Programmatik, Wirkung, Opladen 1979, S. 22, 107.

²²³ Vgl. Jürgen C. Heß, „Die Bundesrepublik Deutschland auf dem Wege zur Nation?“, in: Neue Politische Literatur 26 (1981), S. 292–324.

²²⁴ Vgl. Wolfgang Benz/Günter Plum/Werner Röder, Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945, Stuttgart 1978, S. 53 ff., 167 ff.; Jörg Gabbe, Parteien und Nation. Zur Rolle des Nationalbewußtseins für die politischen Grundorientierungen der Parteien in der Anfangsphase der Bundesrepublik, Meisenheim 1976, passim; Sebastian J. Glatzeder, Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer. Konzeptionen in Entstehung und Praxis, Baden-Baden 1980; Hans Wolfgang Rubin (Hrsg.), Freiheit, Recht und Einigkeit. Zur Entspannungs- und Deutschlandpolitik der Liberalen, Baden-Baden 1980.

²²⁵ Vgl. z. B. Heuss, „Der Südweststaat“, Manuskript für Radio Frankfurt v. 10. 3. 1949 (BA, NL Heuss 1).

²²⁶ Vgl. Heß, Heuss, S. 101–105; für die Weimarer Linksliberalen allgemein Heß, „Überlegungen zum Demokratie- und Staatsverständnis des Weimarer Linksliberalismus“, in: Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Karl Dietrich Erdmann, hrsg. von Hartmut Boockmann/Kurt Jürgensen/Gerhard Stoltenberg, Neumünster 1980, S. 289–311, bes. S. 294 f., 299.

²²⁷ Heuss, „Zur Frage der staatsrechtlichen Gestaltung“, S. 125.

²²⁸ Vgl. auch Heuss an Heile am 22. 5. 1947 (BA, NL Heuss 56).

1949 in einem Nachwort zur Neuauflage seiner Biographie Naumanns dessen Einsatz für die Bereinigung der deutsch-französischen Beziehungen als eine potentielle Antwort auf die aktuelle außenpolitische Problematik beschrieb²²⁹. Bei seiner These hat Pikart freilich nicht berücksichtigt, daß Heuss bereits seit Anfang 1947 immer wieder die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung betonte. Für ihn war sie wesentliche Voraussetzung einer dauerhaften europäischen Friedensordnung, und ihre Wichtigkeit stand ihm daher nicht erst nach Schaffung der Bundesrepublik Deutschland vor Augen. Es war ja für ihn selbstverständlich, daß auch ein vereinigtes Deutschland ein gutes Verhältnis zu Frankreich werde suchen müssen. Zudem hatte Frankreich den Schlüssel für die gemeinsame Regelung der südwestdeutschen und westdeutschen Probleme in der Hand. Schon deshalb verfolgte Heuss die französische Einflußnahme auf die deutschen Entwicklungen mit großer Aufmerksamkeit. Daß Frankreich die Ordnung der staatlichen Struktur Deutschlands mit Mißtrauen beobachtete, war für ihn ein steter Anlaß der Sorge, und er wußte, daß eine einheitsstaatliche Regelung, wie sie die nordwestdeutschen Liberalen befürworteten, auch im Hinblick auf die französische Haltung nicht in Frage kam.

Ebenso lehnte er es aber ab, gemäß den französischen Wünschen statt einer bundesstaatlichen Ordnung eine staatenbündische zu schaffen. Das sah er als einen Rückfall in die „Teutsche Libertät“ von 1648, bei der die Teilstaaten zum „Raub der fremden Politik“ geworden seien²³⁰. Auch für eine europäische Regelung, in der eine „deutsche Konföderation“ das Herzstück einer „europäischen Konföderation“ bilden würde – wie das schon 1947 der ehemalige französische Botschafter in Berlin, François-Poncet, vorgeschlagen hatte –, lehnte Heuss die staatenbündische Idee ab²³¹. Als Churchill diesen Gedanken 1948 aufnahm, äußerte sich Heuss entsprechend negativ²³². Für ihn war es ein „schlechthin europäisches Friedensbedürfnis“, daß die Entstehung einer „Anzahl von Als-Ob-Souveränitäten“ auf deutschem Boden verhindert wurde²³³.

Bei aller Polemik gegen François-Poncet hielt Heuss das Sicherheitsverlangen der Franzosen für berechtigt. Gerade Frankreich aber, so meinte er, müsse als „das Land der République unique et indivisible“ nach anderen Garantien der Sicherheit streben als nach der „völligen Lockerung der deutschen Gesamtstaatlichkeit“²³⁴. Nach seiner Ansicht, 1947 formuliert, lagen solche Garantien etwa im „Ende der deutschen

²²⁹ Pikart, S. 52 f.

²³⁰ Heuss an August Weber am 22. 11. 1947 (BA, NL Heuss 103).

²³¹ Heuss, „Vorarbeit für ein Friedensgespräch“, in: RNZ v. 4. 3. 1947; Heuss an Heile am 22. 5. 1947 (BA, NL Heuss 56); Heuss, Eisenacher Rede vom 6. 7. 1947, S. 340 f.; Heuss, „Zur Frage der staatsrechtlichen Gestaltung“, S. 123 ff.

²³² Heuss, „Unsere deutsche Mission“, Rede auf dem Heppenheimer Gründungsparteitag der FDP vom 12. 12. 1948, in: *liberal* 7 (1965), S. 555 f. (in: *Zeugnisse liberaler Politik. 25 Jahre F. D. P.*, hrsg. vom Bundesvorstand der F. D. P., Bonn 1973, fehlt gerade dieser Abschnitt in der Wiedergabe der Heuss-Rede, S. 14–20); Heuss, Rede auf dem Dreikönigstag am 6. 1. 1949, in: *Der Demokrat*, Nr. 2, Januar 1949.

²³³ Heuss, „Zur Frage der staatsrechtlichen Gestaltung“, S. 125.

²³⁴ Heuss, „Vorarbeit für ein Friedensgespräch“, in: RNZ v. 4. 3. 1947.

Kriegsindustrie“ und im „Ende der organisatorischen Möglichkeiten für die Neuschaffung einer deutschen Armee“²³⁵. Im Sommer 1947 fügte er die Überlegung hinzu, daß der Gedanke der Grenzsicherungen militärtechnisch überholt sei; er hoffte, daß auch in Frankreich diese Einsicht zunehmen und dann ein gemeinsames Gespräch möglich werde. Abermals brachte er die Bereitschaft zum Ausdruck, bei einem solchen Gespräch die Kontrolle des deutschen Kriegspotentials anzubieten²³⁶.

Der Dialog mit Frankreich blieb für Heuss auch 1948 und 1949 von zentraler Bedeutung. Daß er dabei eine „sonderliche Mittelaufgabe des deutschen Südwestens“ sah, hatte er bereits Anfang 1947 betont²³⁷. In den folgenden Jahren lebte er dies vor, zum Beispiel im Mai 1948 in einer öffentlichen Diskussion mit einem französischen Abgeordneten, während der zweiten Tagung der „Liberalen Weltunion“ in Zürich, bei der er die Mahnung aussprach: „Laßt die Toten ihre Toten begraben!“²³⁸ In der Überzeugung, daß das deutsch-französische Verhältnis die „Kernfrage der europäischen Genesung“ bilde²³⁹, forderte Heuss, „mit zäher Beharrlichkeit“ das „schicksalhafte Gespräch mit Frankreich“ zu bejahen und die „Zwangsvorstellung der Geschichte“ endlich zu überwinden²⁴⁰. Allerdings wollte er die Historiker bei dieser Aufgabe lieber nicht dabei haben, und zwar aus Sorge, auf beiden Seiten könnten „die Rechthabereien sich festargumentieren“; dem ökonomischen Faktor, aber auch dem „europäisch-psychologischen“ – was immer damit gemeint sein mochte – schenkte er jedenfalls mehr Vertrauen²⁴¹.

Aus der Bereitwilligkeit zur Verständigung leitete Heuss zwar auch die Berechtigung ab, bestimmte französische Aktivitäten zu kritisieren; neben der Favorisierung einer staatenbündischen Organisation Westdeutschlands und der Tendenz, die französische Zone nach außen abzuschotten, galt seine Kritik insbesondere der französischen Politik im Saargebiet²⁴². Noch kräftiger aber vertrat er die Forderung nach dem sachlichen und loyalen deutsch-französischen Gespräch, so im Dezember 1948 in seiner programmatisch wichtigen Rede auf dem Heppenheimer FDP-Vereinigungsparteitag²⁴³. Von diesem Werben um Frankreich, wie es Heuss seit 1947 als Ausdruck ei-

²³⁵ Heuss, Rede vom 6. 1. 1947, S. 8.

²³⁶ Heuss, Rede vom 6. 7. 1947, S. 341 f.; ders., „Zur Frage der staatsrechtlichen Gestaltung“, S. 124; ders., „Der Termin“, RNZ v. 28. 10. 1947.

²³⁷ Heuss, Rede vom 6. 1. 1947, S. 8.

²³⁸ Der Satz findet sich in Heuss' Artikel „Das Gespräch mit dem Westen“, RNZ v. 18. 12. 1948. Daß Heuss der hier genannte deutsche Diskussionsteilnehmer war, schrieb er in seinem Brief an Prof. Dr. Rörig, Berlin, vom 28. 6. 1949 (BA, NL Heuss 93).

²³⁹ Heuss, „Liberales Weltgespräch“, in: RNZ v. 1. 6. 1948.

²⁴⁰ Heuss, Rede vom 6. 1. 1949.

²⁴¹ Heuss an Prof. Dr. Rörig am 28. 6. 1949 (BA, NL Heuss 93).

²⁴² Heuss, Rede vom 6. 1. 1947, S. 8; ders., „Europa-Rat und Saargebiet“, in: RNZ v. 6. 8. 1949. Der in diesem Artikel enthaltene Protest gegen die beabsichtigte Aufnahme des Saarlandes in den Europarat geschah anscheinend mit auf Anregung des „Deutschen Büros für Friedensfragen“. Auch Schumacher gab eine ähnliche Protesterklärung ab. Vgl. Heribert Piontkowitz, Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946–1949. Das Deutsche Büro für Friedensfragen, Stuttgart 1978, S. 161.

²⁴³ Heuss, Heppenheimer Rede vom 12. 12. 1948, S. 554–556.

nes neuen Elements seines politischen Denkens – in der Weimarer Zeit fehlen derartige Neigungen in der Tat – wieder und wieder betrieben hat, führte ein gerader Weg zu seiner späteren uneingeschränkten Bejahung der Adenauerschen Frankreichpolitik²⁴⁴.

Für Bekenntnisse zu Europa sah er wenig Raum, solange nicht die deutsch-französischen Beziehungen ins Lot gebracht waren²⁴⁵. Deutschlands Stellung in Europa schien ihm davon ebenso abzuhängen wie von der Regelung der deutschen Dinge selbst. Einen „Bruchteil Deutschlands“ als „Vollteil Europas“ anzusehen, hielt er für eine „kindische“ Form des „Europa-Geredes“²⁴⁶. Auch im Parlamentarischen Rat warnte er davor, Teile Deutschlands im europäischen Verband operieren zu lassen²⁴⁷. Ob das Verlangen, in den europäischen Verband müsse ein „in sich gefestigtes Deutschland“ einbezogen werden²⁴⁸, europäische Aktivitäten eines westdeutschen Provisoriums ausschloß, wie dies für vergleichbare Überlegungen Carlo Schmid galt²⁴⁹, ließ Heuss allerdings wohlweislich offen.

„Kongreßfrohen Europa-Eifer“ hat er wiederholt mit Ironie bedacht²⁵⁰ und sich davon ferngehalten. So mied er die Vereinigungen zur Pflege des Europagedankens ebenso wie Komitees zur deutsch-französischen Verständigung²⁵¹. Das hinderte ihn aber nicht, im Europagedanken frühzeitig ein wesentliches Element für die deutsche Wiedereingliederung in die europäische Gemeinschaft zu sehen. Während er zur Weimarer Zeit, in der Tradition der Naumannschen Mitteleuropakonzeption, großdeutschen Anschlußträumen nachgegangen und für den europäischen Gedanken nur skeptische bis abwertende Töne übrig gehabt hatte²⁵², war er nach dem Zweiten Weltkrieg bereit, dem europäischen Zusammenschluß einen höheren Rang beizumessen. Allerdings warnte er davor, das historisch unzutreffende Wort von den „Vereinigten Staaten von Europa“ zu verwenden. Auch riet er dazu, das deutsche Engagement für Europa zunächst auf kleiner Flamme zu halten, um nicht das Mißtrauen der anderen zu erregen, die eben noch unter der Vorstellung Hitlers von der Einigung Europas gelitten hatten²⁵³. Doch konnte er davon sprechen, daß der Nationalstaat auf dem Wege sei, geschichtlich überwunden zu werden, und daß die „Eingliederung Deutschlands in einen großen europäischen Verband“ zur „Herzenseaufgabe“ gewor-

²⁴⁴ Vgl. Pikart, S. 54.

²⁴⁵ Heuss, „Das Europa-Gespräch“, in: RNZ v. 5. 2. 1949.

²⁴⁶ Heuss, „Bonn“, in: RNZ v. 1. 9. 1948.

²⁴⁷ Heuss, Rede vom 9. 9. 1948 im Parlamentarischen Rat, S. 43; auch in: Theodor Heuss. Politiker und Publizist, S. 359.

²⁴⁸ Heuss, „Das Europa-Gespräch“, in: RNZ v. 5. 2. 1949.

²⁴⁹ Vgl. Schwarz, S. 574 ff.

²⁵⁰ Heuss, „Das Europa-Gespräch“, in: RNZ v. 5. 2. 1949.

²⁵¹ Vgl. Heuss' Brief an Kretschmer vom 16. 7. 1947 (BA, NL Heuss 85).

²⁵² Vgl. Heß, Heuss, S. 169 f., 175 f.; für die Weimarer Linksliberalen allgemein Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“ – Demokratischer Nationalismus, S. 281–316.

²⁵³ Heuss, Rede vom 25. 2. 1947, S. 131, auch in: Theodor Heuss. Politiker und Publizist, S. 331; ders., Rede vom 6. 7. 1947, S. 341.

den sei²⁵⁴. Versucht man den Stellenwert seiner europäischen Bekenntnisse von 1947/48 zu bestimmen, so erscheinen sie vor allem als Ausdruck der Einsicht in die gewandelten Realitäten im Nachkriegseuropa. Die Öffnung für neue Möglichkeiten internationaler Verständigung, insbesondere für eine Neugestaltung der deutsch-französischen Beziehungen, ist ein zentrales Element jenes illusionslosen Realismus, mit dem Heuss nach Kriegsende die politischen Entwicklungen betrachtete.

Sehen wir die Äußerungen zur Lage Deutschlands und zur Deutschlandpolitik, die Heuss von 1945 bis 1949 machte, abschließend im Zusammenhang. Unverkennbar ist die Intensität seines deutschlandpolitischen Engagements. Während der Weimarer Republik „demokratischer Nationalist“, blieb er auch nach den Erfahrungen des Dritten Reiches, das ja eine totale Perversion des Nationalen gebracht hatte, und angesichts der Einflüsse und Nöte der Besatzungszeit, die häufig zentrifugal wirkten, der deutschen Nation verpflichtet, versuchte er noch einmal, Nation und Demokratie miteinander zu verbinden. Zwar hatte er sich von dem vehementen demokratischen Nationalismus der Weimarer Jahre weit entfernt, doch trat er bewußt für ein geläutertes Nationalgefühl ein, dem er, wie abermals betont sei, eine entschieden antinationalsozialistische Richtung gab. Im Dritten Reich hatte Heuss die „Schule der Skepsis“ absolviert, und so scheute er sich auch nicht, auf dem Heppenheimer Gründungsparteitag der FDP im Dezember 1948 zu bekennen, man müsse die eigene „nationale Haltung und Gefühlswelt in eine tragisch-resignierte Stimmung bringen“²⁵⁵. Für seine Position in der FDP war es charakteristisch, daß er die eher nationalistischen Tonalitäten norddeutscher und jüngerer Parteivertreter nicht billigte²⁵⁶. Doch bestimmte nicht einfach Resignation sein nationalpolitisches Empfinden. Vielmehr kam es ihm darauf an, „in der nationalpolitischen Linie zwischen der pazifistischen und der nationalistischen Phraseologie bzw. Gemütsart eine in sich selber ruhende Zuversicht zu entwickeln“. Freilich war er sich bewußt, daß dies angesichts der unterschiedlichen nationalen Empfindungslage der nach ihrer Herkunft so verschiedenen westdeutschen Liberalen „noch sehr schwierig“ werden mußte²⁵⁷.

Im folgenden seien vier Punkte noch besonders herausgearbeitet:

²⁵⁴ Heuss, Rede vom 25. 2. 1947, S. 129, auch in: Theodor Heuss Politiker und Publizist, S. 327; ders., Rede vom 12. 12. 1948, S. 555.

²⁵⁵ Protokoll des Heppenheimer Parteitages der FDP vom 11. u. 12. 12. 1948, S. 31 (FNSt-ADL 45).

²⁵⁶ In seinem Brief an Blücher vom 23. 12. 1948 unterstrich Heuss seine Sorge, die FDP könnte von einem „billigen Nationalismus der Phrase“ überschwemmt werden. Er sei zwar nie Pazifist gewesen, aber „die Flucht in das nationalistische Ressentiment“ erschien ihm „nach der Hitlerzeit das für die deutsche Politik Unangemessenste“ (BA, NL Heuss 54). Vgl. auch Heuss' Brief an den Marburger Oberbürgermeister Theodor Bleek vom 14. 12. 1948 (BA, NL Heuss 54).

Noch deutlicher äußerte sich Heuss angesichts der Rechtstendenzen in bestimmten Landesverbänden der FDP während des ersten Bundestagswahlkampfes: für sich lehne er es ab, „so nebenher als Führer einer Traditionskompagnie des Herrn Hugenberg angesehen oder mißbraucht zu werden“ (Heuss an Dr. Foege, Göttingen, am 19. 7. 1948; BA, NL Heuss 56). Siehe auch die beiden Briefe an den hessischen Parteiführer Martin Euler vom 18. und 26. 7. 1948 (ebenda) und den Brief an Blücher vom 12. 8. 1949 (BA, NL Heuss 54).

²⁵⁷ Heuss an August Weber am 23. 12. 1948 (BA, NL Heuss 103).

1) Ob „Aggregat von Besatzungszonen“²⁵⁸, ob westdeutscher Stellvertreterstaat mit ungeklärter Zukunft der Ostzone – beides sah Heuss vor allem unter dem Aspekt der eigenen Machtlosigkeit. In der Weimarer Republik war er trotz oder gerade wegen seines nationaldemokratischen Engagements kein Anhänger einer unbegrenzten Machtpolitik gewesen. Nach 1945 bestimmte weitgehend das Suchen nach dem rechten Maß sein politisches Denken. Angesichts fehlender Souveränität, ungesicherter Grenzen²⁵⁹ und einer ungewissen wirtschaftlichen Zukunft hieß das für ihn, über eine innere Erneuerung, deren Kern er in einer ethischen Neubesinnung sah, den Weg zu einem neuen Selbstbewußtsein zu finden. Auf politischem Felde prophezeite er hingegen noch lange Jahre des Ausgeliefertseins. So sprach er im Oktober 1947 im württemberg-badischen Landtag von einer „Zeit der äußersten Bedrängnis“, die Deutschland erst noch bevorstehe; schwäbisch-drastisch sagte er: „Es wird saumäßig sein, wo wir dran sein werden, darüber ist kein Zweifel.“²⁶⁰ Sein Kommentar zur Verabschiedung des Grundgesetzes lautete bezeichnenderweise, daß damit erst „ein ganz kleines Stück festen Bodens für das deutsche Schicksal“ geschaffen sei²⁶¹.

Reinhold Maier hat Zuversicht daraus geschöpft, daß selbst nach der Katastrophe von Krieg und Kriegsfolgen noch immer „ungefähr 70 Millionen Deutsche“ in „Rest-Deutschland“ lebten²⁶². Heuss vermochte darin kein Element potentieller Macht zu sehen. Auch teilte er nicht Adenauers Vertrauen in das ökonomische Potential Deutschlands²⁶³. Seine Skepsis erstreckte sich durchaus auch auf die Zukunft der deutschen Wirtschaft. Doch darf diese Skepsis nicht mit Hoffnungslosigkeit gleichgesetzt werden. Heuss stützte seine Hoffnung darauf, daß, wie er in der erwähnten Rede vom Oktober 1947 im Stuttgarter Landtag hervorhob, „die Substanz unseres Volkes unverderblich ist in ihrem Kern, von politischen Katastrophen und politischen Wendungen nicht zerstörbar“²⁶⁴. Auch gab es für ihn keinen Zweifel daran,

„daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, gleichgültig in welchem Land, gleichgültig in welcher Zone, durch Naturrecht und geschichtliche Leistung historische Rechtspersönlichkeit eigener Würde geworden ist und bleibt“²⁶⁵.

²⁵⁸ Heuss, Rede vom 6. 7. 1947, S. 338.

²⁵⁹ In der Frage der deutschen Ostgrenzen zu einer günstigeren Lösung als der Potsdamer zu kommen, sah Heuss vor allem in den ersten Jahren als ein wichtiges Problem. Später scheint diese Frage durch die Teilungsproblematik überlagert worden zu sein. Vgl. z. B. seine Dreikönigsrede vom 6. 1. 1947, in der er sagte: „Das Gespräch mit den Russen, mit den Polen, geht in die Grenzen des deutschen Ostraumes, die, wie sie bisher geplant sind, nicht nur seelisch eine starke Last bedeuten, sondern die dauernde Verkrüppelung und Erkrankung Deutschlands zur Folge haben würden.“ Vgl. auch die Rede vom 25. 2. 1947, S. 130, auch in: Theodor Heuss. Politiker und Publizist, S. 328.

²⁶⁰ Heuss, Rede vom 16. 10. 1947, S. 1179.

²⁶¹ Heuss, „Vor dem Parlamentarischen Rat“, in: ders., Die großen Reden, S. 87.

²⁶² Reinhold Maier, „Auf der Suche nach Deutschland“, in: ders., Die Reden Bd. 1, hrsg. von Wilhelm Hofmann, Stuttgart 1982, S. 224f.

²⁶³ Vgl. das in Anm. 1 genannte Paper von Gottfried Niedhart.

²⁶⁴ Heuss, Rede vom 16. 10. 1947, S. 1179.

²⁶⁵ Heuss, Rede vom 7. 7. 1948, S. 1870.

2) In der Deutschlandpolitik gab es bei den Liberalen durchaus unterschiedliche Positionen. Vereinfacht könnte man von den Modellen Külz, Blücher und Heuss sprechen, auch wenn es selbstverständlich nicht angängig ist, Külz als Repräsentanten der Ansichten aller ostzonalen Liberalen zu nehmen, Blücher mit den nordwestdeutschen und Heuss mit den südwestdeutschen zu identifizieren. Gerade die Liberalen waren nicht auf so einfach personifizierbare Nenner zu bringen. Die Unterschiede zwischen Külz, Blücher und Heuss aber sind klar zu erkennen. Keinesfalls darf man, wie Pikart, davon sprechen, in der Deutschlandpolitik hätten sich Heuss' Auffassungen kaum von denen seiner Parteifreunde am rechten Flügel der FDP unterschieden²⁶⁶. An anderer Stelle ist dargelegt, daß Heuss in der damaligen FDP eher ein Linker war²⁶⁷. Als sich die FDP 1948 endlich mühsam konstituierte²⁶⁸, erschien Heuss – im liberalen Milieu Württembergs verwurzelt und seit seiner politischen Lehrzeit bei Friedrich Naumann in linksliberaler Tradition stehend – manchem rechten Liberalen denn auch als „eine Verlegenheitslösung“, „die recht bald durch eine endgültige ersetzt werden müsse“²⁶⁹. In dieser Sicht galt Heuss, wie Dehler in einem Brief drastisch formulierte, als der „gute great old man, den man in die Vitrine stellt“²⁷⁰.

Erhielt Heuss' deutschlandpolitische Konzeption durch seine Herkunft aus Württemberg eine gewisse regionale Färbung, war ihm auch landsmannschaftlicher Stolz nicht ganz fremd – er sagte einmal, aus dem eigenen Land sollte ein „Modell deutscher Möglichkeiten“ gemacht werden²⁷¹ –, so gab es bei ihm doch weder antipreußische Ausfälle, wie sie auch bei einem Reinhold Maier gelegentlich vorkamen²⁷², noch Abneigung gegen Berlin. Für Heuss war Berlin nicht so sehr eine Stadt in Preußen als vielmehr „eine deutsche Stadt“, die in den letzten achtzig Jahren „von ganz Deutschland kolonisiert worden“ sei²⁷³.

Von Blücher, der sich stärker durch nationale Emotionen beeinflussen ließ, unterschied sich Heuss durch sein Gespür für internationale Empfindlichkeiten, durch größere Flexibilität und durch seinen Realismus. Auf der anderen Seite war er weit entfernt von der politischen Naivität und der fast totalen Anpassungsbereitschaft eines Wilhelm Külz. Daß es um einen „moralisch-politischen Reifegrad“ gehe, der möglicherweise „noch lange nicht erreicht“ werde, war ein den beiden anderen Liberalen

²⁶⁶ Pikart, S. 49. Pikart nennt hier namentlich Wildermuth, Meyer (sic), Blücher, Höpker-Aschoff und fährt fort: „Das Originelle an Heuss waren seine Menschlichkeit, sein Stil, auch seine persönlichen Zu- und Abneigungen, jedoch nicht seine außen-, wirtschafts-, sozial- und parteipolitischen Auffassungen.“ Ein solcher Gruppentyp war Heuss nun wahrlich nicht.

²⁶⁷ Vgl. meinen am 31. 1. 1984 in Gummersbach gehaltenen Festvortrag.

²⁶⁸ Vgl. Hein, Kap. V, 5. Abschnitt.

²⁶⁹ Max Dominicus an Blücher am 20. 12. 1948, ebenda, Anm. 79.

²⁷⁰ Dehler an Mayer am 14. 1. 1949, ebenda, Anm. 86.

²⁷¹ Heuss, Rede vom 16. 10. 1947, S. 1179.

²⁷² Regierungserklärung von Reinhold Maier vor der vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden am 16. 1. 1946, in: R. Maier, Die Reden Bd. 1, S. 76 f.

²⁷³ Heuss, Rede vom 7. 7. 1948, S. 1868.

fremder Gedanke²⁷⁴. Heuss wußte, daß die Welt auch 1947 und 1948 noch in Kategorien der Sicherheit vor Deutschland dachte, hingegen hatte Blücher die jeder historischen Sensibilität bare Sturheit, schon damals wieder vor allem Sicherheit für Deutschland zu verlangen²⁷⁵. Schwieriger ist es, Heuss' Position im südwestdeutschen Liberalismus präziser zu bestimmen. Zwar läßt sich sagen, daß etwa Heuss und Reinhold Maier sehr unterschiedliche Naturen waren und Heuss auch mehr gesamtdeutsch dachte, nicht zuletzt aufgrund seiner langen politischen Erfahrung außerhalb Württembergs. Doch ist unser Bild von den verschiedenen württembergischen Liberalen noch zu unvollständig, als daß bereits eine genauere Differenzierung möglich wäre. Hier muß erst noch weitere Forschung geleistet werden. Immerhin ist mit Hein zu konstatieren, daß z. B. zwischen Heuss und Ernst Mayer trotz intensiver Zusammenarbeit keine ideelle Parallelität existierte – dazu waren Ausdrucksweise, Temperament und Erkenntnisvermögen der beiden zu unterschiedlich. Volle Übereinstimmung in der Deutschlandpolitik ergab sich erst, nachdem auch Heuss zur Befürwortung einer Staatsbildung im Westen Deutschlands gefunden hatte²⁷⁶.

3) In den ersten Jahren nach 1945 strebte Heuss nach der Verwirklichung sowohl von Demokratie und Freiheit wie von nationaler Einheit. An dieser dreifachen Zielsetzung hat er bis nach der Jahreswende 1947/48 festgehalten. Nicht aus Unfähigkeit oder mangelndem Willen, den Zerfallsprozeß des Reiches zu erkennen; auch nicht weil er trotz einer eindeutig westlich orientierten Wertewelt krampfhaft an einem Blockfreiheitskonzept festgehalten hätte. Vielmehr hegte er lange die – wie sich dann erwies vergebliche – Hoffnung, daß die Siegermächte sich irgendwie vielleicht doch noch – wie durch ein Wunder – über Deutschland einigen würden. Da Heuss die Spannungen zwischen den Siegermächten schon früh erkannte und vor den Realitäten des beginnenden Kalten Krieges nicht die Augen verschloß, dürfte er sich bereits 1947 manches Mal – zumindest im stillen Kämmerlein – eingestanden haben, daß seine Hoffnung auf Wunschdenken beruhte. Darauf deutet sein „wenn alles ‚gut‘ geht“ im Brief an Gustav Stolper vom Sommer 1947. Auch zeigt seine Bemerkung zu August Weber vom November 1947, das angestrebte gesamtdeutsche Parlament werde „nicht von heute auf morgen“ kommen, daß er spätestens in der zweiten Jahreshälfte 1947 Zweifel über die baldigen Realisierungschancen seines Einheitskonzepts hatte. Offensichtlich begann er in längeren Zeiträumen zu denken. Aber erst nach der Sende-pause während der ersten Monate des Jahres 1948 wurde der Wandel deutlich. Da nach der gescheiterten Londoner Außenministerkonferenz vom Dezember 1947 die

²⁷⁴ In seinen Aufzeichnungen für Gustav Stolper über die „staatsrechtliche Gestaltung Deutschlands“ vom Sommer 1947 schrieb Heuss, daß der „moralisch-politische Reifegrad“ „nicht, noch lange nicht erreicht“ sei. Diese Bemerkung bezog sich auf eine eventuelle deutsche Vertretung für die Moskauer Konferenz. Laut Heuss waren in Deutschland viele, die „bereit schienen, sich ein bißchen in die Weltgeschichte zu recken“ (Aufzeichnungen 1945–1947, S. 112f.).

²⁷⁵ Vgl. Blüchers Rede vom 13. 6. 1948.

²⁷⁶ Dies unterstrich Hein in seinem Diskussionsbeitrag auf der Tagung „Theodor Heuss und die Wiederbegründung der Demokratie“ am 20. 5. 1984 in Gummersbach. Vgl. den 4. und 5. Abschnitt des V. Kapitels seiner Dissertation.

gesamtdeutsche Option nicht mehr möglich schien, jedenfalls nicht als Gegenwartslösung oder kurzfristige Zukunftsperspektive, wurde sie in eine fernere Zukunft verlegt. Nach einigen Monaten des Schweigens löste die Stellvertreterthese die Verweigerung jeder Option ab. Die Bundesrepublik Deutschland erschien ihm nun als das potentielle Gehäuse für das ganze deutsche Volk; das „unteilbare Deutschland“ hatte hier seine transitorische Heimstätte gefunden, in die eines Tages auch die Deutschen der mitteldeutschen Gebiete einkehren würden. Unter den eigentümlichen Umständen der Entstehung der Bundesrepublik mochte das als Ideologisierung der Weststaatsbildung ausreichen, doch bot diese gesamtdeutsche Orientierung noch keine Ansatzpunkte für eine eventuell einmal notwendige Beschränkung der politischen Identität auf die Bundesrepublik allein.

Solche Ansatzpunkte von Heuss zu erwarten, käme freilich auch der Aufforderung an ihn gleich, seinen historischen Ort zu verlassen und seine geschichtliche Gebundenheit an den Liberalismus des 19. Jahrhunderts und damit an ein von diesem geprägtes gesamtdeutsch orientiertes Nationalverständnis aufzuheben. Hatte er in der Weimarer Republik das „ganze Deutschland“ in großdeutscher Interpretation gesehen, so konnte er nach 1945 unter Deutschland unmöglich weniger verstehen als die ganze deutsche Restnation.

4) Nur „primitive Willensmenschen“, so sagte Heuss in jenen ersten Nachkriegsjahren, könnten, „indem sie über den Tatbestand der Machtlosigkeit hinwegsehen“, die deutschen Zukunftsmöglichkeiten mit Sicherheit beschreiben wollen, mit einer Sicherheit freilich, die nur Schein sei. Zu dieser Kategorie rechnete er gläubige Sozialisten ebenso wie einseitige Europafanatiker²⁷⁷. Heuss war im Vergleich sehr viel skeptischer und nüchterner. Der Realitätsnähe vieler seiner Aussagen ist dies unzweifelhaft zugute gekommen, hinderte ihn aber daran, wie Adenauer ein mitreißender politischer Führer zu werden. Mit seiner Neigung zur Kontemplation und zur historischen Deutung war er eher zur geistigen Leitfigur geeignet als zum Parteipolitiker.

Nicht, daß ihm Entschlossenheit durchweg abging. Wohl kaum hätte er sonst trotz aller persönlich sehr widrigen Umstände – hier ist vor allem an die oft monatelange Erkrankung seiner Frau Elly Heuss-Knapp zu denken – und trotz seiner literarischen Neigungen sich mit jener Intensität in den politischen Kampf gestürzt, die er in den Jahren nach 1945 bewies. Dabei wußte er, worauf er sich möglicherweise einließ, scheute aber nicht davor zurück. Seinem Freunde Treviranus schrieb er Anfang 1946:

„Schließlich hat man ja seinen anständigen Namen durch die Zeit hindurchgehalten, um ihn jetzt einsetzen zu können, vielleicht auch verbrauchen zu müssen.“²⁷⁸

An seinem demokratischen und liberalen Engagement ist also ein Zweifel nicht erlaubt. Seiner Fähigkeit indessen, auf dem Felde der Deutschlandpolitik die Zeichen der Zeit frühzeitig richtig zu deuten, stand seine kontemplative Skepsis gelegentlich auch einmal im Wege. Mehr als Heuss dies ahnte, war z. B. das Ergebnis der Arbeit

²⁷⁷ Heuss, 1848, S. 165 f.

²⁷⁸ Heuss an Treviranus am 9. 1. 1946 (BA, NL Heuss 101).

am Grundgesetz, als Voraussetzung der westdeutschen Staatsbildung, ein wichtiger Schritt zur Überwindung der eigenen Ohnmacht. Im „Mächtspiel der anderen“ tauchte ein neuer Faktor auf, und die Generation, die Heuss „noch nicht zum echten politischen Entscheidungsspiel gerufen“ sah²⁷⁹, sollte innerhalb weniger Jahre wieder aktiv in die Entwicklung Westeuropas eingreifen und politische Bedeutung gewinnen.

²⁷⁹ Heuss, Diskussionsbeitrag am 22. 2. 1949 im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates, in: Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 696.